

PROGRESS

MAGAZIN DER ÖSTERREICHISCHEN HOCHSCHÜLERINNENSCHAFT 05/11

www.progress-online.at

Kindertheater

Nach der Schule vom Alltag abheben

Katrina

Ein Portrait über New Orleans nach der Katastrophe

Ketten

Phantasievolle Utensilien beim Studi-Job Domina

Kampfansage

Saskia Sassen über Riots und Zukunftsperspektiven

P.b.b. | Erscheinungsort Wien | Verlagspostamt 1040 | GZ02Z031545 M | EURO 0,73



Marsch nach Rechts

Herausforderungen eines Richtungswechsels

Bildmontage

www.oeh.ac.at



DU SIEHST, WAS ANDERE NICHT SEHEN.

DU BIST:

DiePresse.com/reporter12

reporter'12

Du willst etwas bewegen. Eine Geschichte schreiben, die womöglich Geschichte schreibt. „Die Presse“ gibt dir die Möglichkeit, zwei Wochen als Reporter an der Seite von Thomas Seifert zu arbeiten und von einem aufregenden Ort dieser Welt zu berichten.

**BEWIRB DICH JETZT.
ES IST DEINE CHANCE!**

Mehr Infos dazu - und zum Zusatzbewerb Reporter'12-Ost mit Wieland Schneider - unter: DiePresse.com/reporter12



In Kooperation mit



ERSTE Stiftung



Die Presse

FREI SEIT 1848

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR ÖSTERREICH

Cover

Rechte Gewalt nimmt zu. Über Rechtsextremismus in Europa - und Gegenstrategien.

- 4 Bereit, den Kampfanzug anzuziehen**
Welcher Widerstand macht jetzt Sinn? Wo ansetzen und wie weitermachen?
- 6 En Garde - Der „Konflikt“ von Gyöngyöspata**
Die *Jobbik* macht in einem ungarischen Dorf den dort lebenden Roma das Leben zur Hölle.

Bildungspolitik

- 8 Service, das hilft**
- 9 Die Uni ist männlich**
Das feministische Referat der ÖH zeigt Möglichkeiten von Frauenförderung an den Unis auf.
- 10 Du kommst hier nicht rein!**
Verpflichtende Voranmeldung stellt Studierende vor erhebliche Probleme.

11 Schönheit im Zerfall



New Orleans bietet mehr als es auf den ersten Blick verspricht. Ein Portrait von der Stadt nach Katrina.

- 12 Wohnen wird teurer**
Leerstehende Großraumbüros stehen unleistbaren WG-Zimmern gegenüber.
Die Inhalte sind die gleichen geblieben
Die Entwicklungen der Frauenunis im Überblick.

Politik

- 13 Vormarsch des Überwachungsstaates**
Ein Kommentar von Stefan Halla zum Antiterrorwahn der Bundesregierung.
- 14 Entfesselung der Empörung**
 Die Bewegung der spanischen *Empörten* treibt eine Revolution auf Raten voran.
- 16 ÖH unter Verdacht**
Die Antiterrorgesetze kriminalisieren politischen Aktivismus, und machen damit auch vor ehemaligen ÖH-FunktionärInnen nicht halt.

Dossier



Über- und Einblick in die Arbeitswelten von SexarbeiterInnen. Von der Wiener Gesetzesnovelle über Sexualbegleitung bis zur Folterbank.

- 18 Let's talk about Sexarbeit!**
Das neue Prostitutionsgesetz in Wien birgt Verschlechterungen für SexarbeiterInnen.
- 19 Die gesellschaftliche Stigmatisierung ist das größte Problem**
Die Stigmatisierung ist das größte Problem "als Erwerbsarbeit" weglassen.
- 20 Shortbites rund um Sexarbeit**
Wissenswertes aus dem Leben von SexarbeiterInnen.
- 21 Sex außerhalb des Kästchens**
Doris Krottmayer (Alpha Nova) im Gespräch über sexuelle Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung.
- 22 Knebeln gegen Knete**
Teppichklopper, Peitschen und Hiebe - Zu Besuch bei Dominas in Wien.
- 24 Ich bin eine Frau und möchte als Frau sterben**
Istanbul ist ein gefährliches Pflaster für transsexuelle SexarbeiterInnen.

Feuilleton

- 25 Der Zins**
Mit Raban Witt und Karl Marx dem Zins auf der Spur.
- 26 Der politischen Stimme beraubt**
Soziologin Saskia Sassen über Protestformen.
My little black dress doesn't mean yes
@ana_nym im Saturday Night Fever.
- 27 Sterne, Pfeile, Kreuze und ein Haken**
 Das "Haus des Terrors" ist ein Museum, das Stalinismus und Nationalsozialismus gleichsetzt.
- 28 Bittere Medizin wird zu Schokolade**
Die SchauspielerIn Michaela Obertscheider erklärt, wie Theater mit Kindern funktionieren kann
- 29 Buchrezension: Der Ulrichsberg ruft? - Halt's Maul!**
Der AK gegen den Kärntner Konsens präsentiert ein neues Buch.
- 30 Slutwalken gegen sexuelle Gewalt**
Anna-Sarah Hennig vom Blogkollektiv *Mädchenmannschaft* über Slutwalks.

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Wir mögen Apfelsaft und Büffelgras, schöne Worte und große Reportagen. Breite Bilder, satte Farben und fettes Essen. Als neue Redaktion haben wir unzählige Interviews geführt, circa 900 Kilometer hinter uns gelassen und schon viel gefrühstückt. Wir haben Kleidung und Essen nach Gyöngyöspata gebracht und hartnäckig versucht, die *Jobbik* dran zu kriegen. Riesige Stapel Magazine wurden durchwühlt, und nach dem griffigsten Papier mit dem stärksten Abgang gesucht. Wir sind gegen die Abschaffung des Bachelor-Studiums *Internationale Entwicklung* an der Uni Wien und für mehr Rechte für SexarbeiterInnen. Binnen-Is und Gender_Gaps sind diskutiert – das Resultat steht in den Sternen. Nach denen haben wir gegriffen und viel gelacht – das Resultat habt ihr in Händen.

Viel Spaß beim Lesen,

eure **PROGRESS**-Redaktion

Ps.: Schaut doch bei unserer Lesung des Buches „Friede, Freude, deutscher Eintopf“ über das rechtsextreme Treffen am Ulrichsberg in Kärnten vorbei: Am 24.10. ab 19:00 auf der Uni Wien, NIG HS II.

IMPRESSUM

PROGRESS – Magazin der Österreichischen HochschülerInnenschaft, Ausgabe 5/2011, Erscheinungsmonat: Oktober

MedieninhaberIn: Österreichische HochschülerInnenschaft, Taubstummengasse 7-9, 1040 Wien

HerausgeberInnen: Janine Wulz, Angelika Gruber, Martin Schott

ChefInnenredaktion: Asisa Butollo, Flora Eder, Vanessa Gaigg, Georg Sattelberger

RedakteurInnen dieser Ausgabe: M. Brüggemann, D. Fuchs, J. Götz, E. Grigori, S. Halla, K. Hellwagner, A.-S. Hennig, E. Jauk, S. Kaufmann, P. Landorfer, E. Maltschnig, J. Marot, S. Maurer, M. Müller, F. Rasul, V. Reš, V. Stern, M. Wachter, T. Wallerberger, R. Witt, D. Wurnig

Blattlinie: Die Meinungen der RedakteurInnen

Lektorat: A. Ellmer, M. Weissinger

Layout: T. Jenni, J. Kolda

Cover-Fotos: H. K. Techt / Apa / picturedek.com, B. Porneczi / Gamma / picturedesk.com, J. Kolda
Dossier-Fotos: C. Steininger, S. Böhm, **Ressortcover-Fotos:** J. Kolda

Inserate: Öffentlichkeitsreferat, presse@oeh.ac.at

Artikelvorschläge können per E-Mail oder in den Redaktionssitzungen eingebracht werden. Kontakt siehe unten.

Gratis-Abo anfordern! www.progress-magazin.at

Telefon: 01/310 88 80-61

E-Mail: progress@oeh.ac.at

Web: progress-online.at

Auflage: 120.000 Stück

Druck: Leykam, Neudörfel

300.000 Menschen demonstrierten 2000 gegen die erste Auflage von Schwarz-Blau am Wiener Heldenplatz.



Bereit, den Kampfanzug anzuziehen

Oslo war vorhersehbar, die Gesellschaft rückt nach rechts und kritische Öffentlichkeit stumpft ab. Welcher Widerstand macht jetzt Sinn? Ein Licht aufs Meer des Antifaschismus.

FLORA EDER UND PETER LARNDORFER

Unfassbar und pietätlos“, empörte sich FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache drei Tage nach dem Attentat von Oslo, sei es, die Politik seiner Partei in irgendeinem Zusammenhang mit diesem Ereignis zu stellen. Denn plötzlich wurde öffentlich thematisiert, was ohnehin offensichtlich ist – und schon drei Monate danach in Vergessenheit zu geraten scheint: Dass die FPÖ und ihre Verbündeten in ganz Europa den Boden für „Einzeltäter“ wie Anders Behring Breivik bereitet haben. Die inhaltlichen Parallelen finden sich schwarz auf weiß in Breiviks Manifest: Dort zitiert er die aus Vorträgen am FPÖ-Bildungsinstitut bekannte „Islamexpertin“ Elisabeth Sabaditsch-Wolff genauso wie die freiheitliche Wahlkampflüge vom Verbot des Nikolos in Wiener Kindergärten. Umgekehrt ruft die FPÖ mittels Schüttelreimen, Comics und Computerspielen immer wieder wörtlich und symbolisch zu Gewalt auf. Ganz direkt wird Strache, wenn es „um unsere Heimat“ geht: „Da muss man auch bereit sein, den Kampfanzug anzuziehen“, wettete er, der einige Jahre davor noch selbst im Kampfanzug durch den Wald robbte, beim FPÖ-Parteitag 2006.

Heribert Schiedel, Rechtsextremismus-Experte im *Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes* (DÖW), schrieb in den Tagen rund um die Osloer Attentate gerade am letzten Kapitel seines neuen Buches „Extreme Rechte in Europa“, das im Oktober in der

Edition Steinbauer erscheinen wird. Er sei damals nicht besonders überrascht gewesen und meint sogar, die Anschläge waren angekündigt: „Das war nur eine Frage der Zeit. Das Bekennerschreiben zur Tat war schon da, dessen Inhalte weitgehend akzeptiert.“ Breiviks Ansichten fände man fast wörtlich in „Texten, Aufsätzen, Reden von europäischen Rechten verschiedener Fraktionen. Je weiter man nach rechts außen geht, desto unmittelbarer werden die Vernichtungsphantasien, die Drohungen, die Paranoia.“

Buckeln und Treten. Basis für Rechtsextremismus sind nicht allein die Skins von nebenan im ThorSteinar-Style oder rechtsextreme Internetseiten. Vielmehr entspringt all das einer Gesellschaft, in der es schnell einmal hart auf hart gehen kann. Von klein an lernen wir, unsere Wünsche nicht zu hoch zu schrauben, oder gleich zu unterdrücken. Nach den engen Schlingen der Kleinfamilie folgen Kindergarten, Schule und manchmal auch Militär – Institutionen, die patriarchal-autoritär geprägt sind und auf ein hartes Konkurrenzverhältnis in der Arbeitswelt, einen soziallöcherigen Staat und ein hierarchisches politisches System vorbereiten. Die Verletzungen und Demütigungen können dabei immens sein, die Handlungsspielräume, am eigenen Leben etwas zu ändern, minimal. Das führt häufig zu aggressiver Resignation: Nach oben buckeln, nach unten treten. Erklärungen werden gesucht, Verschwörungstheorien entstehen. Angst, Neid und Hass liegen eng beieinander – und wer-

„Bei den sozial Benachteiligten ansetzen“

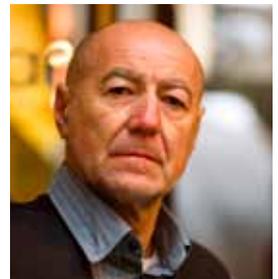


Foto: Lukas Beck

Der Künstler, Sänger und Musiker Willi Resetarits ist seit über 40 Jahren politisch aktiv.

PROGRESS: *Wie hat sich dein politisches Engagement gegen Rechtsextremismus im Laufe der Zeit verändert?*

RESETARITS: Ich bin nicht mehr der Streetfighter, der mit Kapuze die Bösen bestrafen will. Während ich als Junger zwanzig Jahre lang auf Traktoranhängern und mobilen Bühnen auf Demos gesungen habe, hat sich heute der Schwerpunkt auf eine konkrete Arbeit verlagert: Beratung und Betreuung von Flüchtlingen. Das muss ja auch wer machen.

Warum glaubst du, dass trotz dieser Proteste die FPÖ immer noch auf so viel Resonanz stößt?

Die können deppad sein wie ein Binkerl Fetzen, können alles falsch machen, die besten Korruptionisten produzieren, wenn sie vor den jeweiligen Wahlen sagen: „Die Ausländer sollen alle raus“, dann kriegen sie einen bestimmten Prozentsatz Stimmen. Das ist eine traurige Sache.

Wo muss man ansetzen, um ihnen das Wasser abzugraben?

Ich finde, dass man eine gerechtere Gesellschaft bauen sollte und da muss man bei den sozial Benachteiligten ansetzen. Auf allen Ebenen.

den auf „die Anderen“ projiziert. Rechtsextremismus ist die idealtypische Äußerung davon.

Mit dem zunehmenden antimuslimischen Ressentiment in der Gesellschaft hingegen tun sich klassische Rechtsextremist_innen oft schwer – werden doch die Muslim_innen

von Vielen als Verbündete gegen „die Juden“ betrachtet. Eine elegante inhaltliche Klammer zwischen klassischem Rechtsextremismus und antimuslimischem Alltagsrassismus bietet aber der Mythos der „Türkenbelagerung“. Bereits im Austrofaschismus wurde dieser als „Kampf



Foto: TECHT Hans Klaus / APA / picturedesk.com

um das Abendland“ hochstilisiert. Der FPÖ gibt er nicht nur eine Möglichkeit, die „rein“ gehaltene Nation zu feiern und damit die Kernklientel zu bedienen, sondern auch, um mit dem verstärkten Ressentiment gegen Muslim_innen Stimmen zu fangen. Der antimuslimische Konsens verbreite sich also „auf Basis der ‚Verteidigung europäischer Werte‘ gepaart mit paranoiden Vorstellungen einer ‚linkslinken Multi-Kulti-Verschönerung‘“, sagt Schiedel.

Verschiebung der Normalität. Martina Würzer, Grüne Gemeinderatsabgeordnete mit antifaschistischem Schwerpunkt, konstatiert Österreich ein tiefsitzendes Problem mit antisemitischen und rassistischen Ressentiments. Die FPÖ spiele auf dieser Klaviatur: „Durch das Erstarken der FPÖ fühlt sich nicht nur die neonazistische Szene bekräftigt, es wirkt auch als Legitimation für latente Fremdenfeindlichkeit. Die Politik und Parolen der FPÖ führen dazu, dass das an den Stammtischen viel besser verbreitbar ist.“ Dies spiegelte sich im Verfassungsschutzbericht wider, wobei dieser sehr zurückhaltend mit der Thematisierung rechtsextremer Straftaten sei. Eine eklatante Zunahme von Delikten mit rechtem Hintergrund ist jedoch kaum zu verbergen. Der Ende September veröffentlichte Sicherheitsbericht spricht gar von einem Anstieg um 28 Prozent im Jahr 2010.

Lichtermeer und Schwarzblau. Diesem neuerlichen Erstarken des Rechtsextremismus gilt es etwas entgegenzusetzen. Die Frage ist nur, was. Die großen Kundgebungen des „anderen Österreich“ scheinen gescheitert. Die Forderungen des Anti-Ausländer_innen-Volksbegehrens der FPÖ 1993, gegen das damals 300.000 Menschen im Zuge des Lichtermeers auf die Straße gingen, sind heute weitgehend umgesetzt – großteils von SP-Innenministern. Sibylle Summer, linke Sozialdemokratin und Vorstandsmitglied im *Republikanischen Club*, sieht einen Normalisierungsprozess, der in den letzten Jahren in Be-

zug auf autoritäre Tendenzen, Rassismus und den Wunsch nach einem „starken Mann“ stattgefunden habe. Dennoch betrachtet sie die klassischen antifaschistischen Kundgebungen, wie sie 1986 gegen Waldheim, 1993 gegen das FPÖ-Volksbegehren und 2000 gegen Schwarz-Blau stattgefunden haben, nicht als sinnlos: „Da war jeweils eine neue Generation engagiert, es sind NGOs entstanden.

pörung Ausdruck zu verleihen: „Eine Demonstration ist eine Verortung der Emotion und kann Ausgangspunkt für politische Organisation und Aufklärungsarbeit sein.“

Kein Spielplatz für die FPÖ. Auch durch die Vernetzung der Rechten im Internet tun sich hier neue Aktionsformen auf. „Wir sehen unsere Arbeit als Teil einer antifaschi-

die Tätigkeiten der FPÖ im Internet, sammeln und kontextualisieren diese auf ihrer Website. Den *Facebook*-Auftritten von FPÖ-Politiker_innen wird dabei genauso nachgegangen wie ihren Verbindungen im Real Life. Denn „Social Media-Plattformen sind kein Spielplatz, auf dem ich, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen, tun kann was ich will“, meinen sie. *Bawekoll* übernehmen gemeinsam mit anderen Blogs und Internetleser_innen einen wichtigen Teil der Recherchearbeit über rechtsextreme Netzwerke. Diese Archive seien ein wertvoller Bestandteil antifaschistischen Engagements, sagt auch Martina Würzer: „Es ist dramatisch, wie abgestumpft wir von den ständigen Vorfällen und Aussagen von FPÖ-Politiker_innen, Burschenschaftlern und Neonazis sind. Diese Blogs helfen, sich daran zu erinnern. Denn der österreichische Staat zeigt extreme Lücken auf, wenn es darum geht, Rechtsextremismus zu beobachten und zu ahnden.“

Schiedel setzt weniger beim Staat als bei der Arbeit mit Jugendlichen an, beim Auslösen von Reflexionsprozessen vor einem historischen Hintergrund: „Warum sollte das nicht auch gesamtgesellschaftlich funktionieren?“ Skandalisierungen und Demonstrationen könnten es schaffen, mehr Zustimmung für antifaschistische Positionen zu erreichen. Doch, so Schiedel nachdrücklich, die Frage sei: „Was mach ich dann mit der Zustimmung? Feiere ich den Sieg der Massen gegen die Nazis? Oder gehe ich einen Schritt weiter, freue mich zwar über Zustimmung, aber frage auch, wie es mit mir selbst, der eigenen Partei, dem eigenen Umfeld, der eigenen Gesellschaft aussieht.“

Die AutorInnen studieren Politik und Geschichte.

Antifa-Blogs zum Weiterlesen:

<http://bawekoll.wordpress.com/>
<http://rfjwatch.wordpress.com/>
www.stopptdierechten.at/
<http://trechterstumpfsinn.blogspot.com/>

Foto: sarahaas

„Der Umgang mit Rechts ist völlig lax“

Clara Luzia Humpel ist Sängerin, Gitarristin, Songwriterin.

PROGRESS: In deinem Lied "Colours" singst du "the place i am born is nothing i'm proud of". Was ist deine Kritik an Patriotismus?

CLARA LUZIA: Ich will den konstruierten Aspekt der Nationenbildung herausstreichen. Mein Befremden darüber, wie man auf die eigene Nationalität – also diese Konstruktion im Dienste der Humanverwaltung – stolz sein kann, wo das doch absolut nichts mit einer eigenen Leistung zu tun hat.

Wie hat sich der Umgang mit rechten Positionen in den letzten 20 Jahren in Österreich verändert?

Die Feindbilder heißen nun anders. Die FPÖ hat für eine Verschärfung des Tons gesorgt. Der Umgang in Österreich mit rechten Positionen und Ideologien ist ein völlig laxer und wird gerne als „nicht so tragisch“ abgetan.

Was könnte man dem entgegenzusetzen?

Die WählerInnen eines HC Strache schrecken die Verbindungen zum äußersten rechten Rand ja überhaupt nicht ab – eher im Gegenteil. Nicht einmal die vielen strafrechtlichen Verurteilungen, die es in dieser Partei der selbsternannten Saubermänner gegeben hat. Grundsätzlich sind einem rechten Klima Offenheit, Demokratie und Meinungsvielfalt entgegenzusetzen.

Solche Bewegungen sind generationsprägend. Daraus erwächst kritisches Bewusstsein.“ Außerdem sei es wichtig, nicht abzustumpfen und der Em-

stischen Protestbewegung“, sagen die Aktivist_innen von *Bawekoll*, dem *Basisdemokratischen Webkollektiv*. Sie beobachten seit Mitte Juni

En Garde - „Der Konflikt“ von Gyöngyöspata

Zu Ostern hatten rechtsextreme und paramilitärische Gruppen die Roma in der ungarischen Gemeinde Gyöngyöspata Wochen lang bedroht, attackiert und unter Druck gesetzt. Einen Monat später gewann ein Vertreter der rechtsextremen Partei *Jobbik* die BürgerInnenmeisterInnenwahlen. Ein Lokalausgleich.

ASISA BUTOLLO, FLORA EDER, VANESSA GAIGG

Baustellen säumen den Weg nach Gyöngyöspata. An fast jeder Straße steht ein Schild: „Die EU fördert Ihre Region.“ Die Straßen sind leer, die Jalousien heruntergezogen. Das Dorf ist genauso verlassen, still und langweilig, wie viele kleine Ortschaften in Österreich auch. Die Zäune rund um die Grundstücke sind oftmals mit Stacheldraht umwickelt. Warnschilder auf den Gartentüren weisen auf Hunde hin. Nur zu Mittag, wenn die Schule aus ist, tummeln sich mehrere Menschen auf den Straßen. Gyöngyöspata, der kleine Ort am Mátra-Gebirge rund hundert Kilometer nördlich von Budapest, bekommt in letzter Zeit ungewöhnlich viel mediale Aufmerksamkeit.

Zu Ostern diesen Jahres spitzten sich die Anfeindungen gegenüber der Roma-Minderheit in Gyöngyöspata zu. *Amnesty International* berichtete am 17. März, dass seit Beginn des Monats „mehrere Tausend schwarzgekleidete Männer durch die Stadt marschiert“ seien und sich die Anspannung im Dorf zusehends verstärkt habe. Die BewohnerInnen des Roma-Viertels seien mit Waffen und Hunden bedroht worden. Drei Wochen lang terrorisierten die zur rechtsextremen Partei *Jobbik* gehörenden Gardisten die Roma-Bevölkerung, marschierten im Dorf auf und kontrollierten Straßen, Schulen und Supermärkte. Kurze Zeit später schlug auch noch ein paramilitärisches „Trainingslager“ der rechtsextremen Gruppe *Vederö* in unmittelbarer Nähe der Roma-Siedlung seine Zelte auf – ausgestattet mit Uniformen, Gummigeschosses und Hunden. Rund 300 Personen mussten evakuiert werden, die Stimmung war explosiv, die Roma wurden

eingeschüchtert und bedroht. Vorwiegend Frauen und Kinder wurden für drei Tage in die Städte Csilleberc und Szolnok gebracht. Die Regierung stellte die Evakuierung als „Osterurlaub“, organisiert vom *Roten Kreuz*, dar. Erst am 23. April löste die Polizei das Camp auf. Janos Farkas, der Vertreter der Roma in Gyöngyöspata, äußerte sich gegenüber der *Berliner Zeitung*: Im Ort sei es „wie bei den Nazis“. Es sei eine „Schande, dass es in einem demokratischen Land im 21. Jahrhundert“ so etwas geben könne.

Hunde, Steine und Gardisten. Wer von der letzten betonierten Straße nach links auf den Schotterweg abbiegt, befindet sich auf der Klapka Utca. Tamas Baranyi und seine Tochter Pamela leben hier im Roma-Viertel, einem abgelegenen, südlichen Teil der Gemeinde. Ihr Haus steht auf der linken Seite, umgeben von einem dünnen Zaun. Auf rund vierzig Quadratmeter wohnen sie hier zu zehnt, unter ihnen acht Kinder.

Auch sie wurden im März von den rechtsextremen Gruppen angegriffen. „Es war rund um Mitternacht, wir haben gerade ferngesehen. Da kamen vier bis sechs Gardisten mit Hunden, zwei direkt in unseren Garten. Sie warfen mit Steinen und einer schoss durch unser Fenster“, erzählt Baranyi. „Wir haben überhaupt keine Unterstützung von der Polizei bekommen. Es gibt viele Probleme und es wird noch schlimmer werden. Vor allem mit dem neuen Bürgermeister“, meint Baranyi. Denn im April errang ein Vertreter der *Jobbik* den Sieg bei den Bürger_innenmeister_innenwahlen, mit 33,8 Prozent der Stimmen.

Sein Erfolg hat sicherlich nicht nur mit dem martialischen Auftreten der Garde und der paramilitärischen Gruppen im Frühjahr zu tun. Der Aufschwung der *Jobbik* sei ein allgemeiner

Trend in Ungarn, sagt die Kulturwissenschaftlerin Magdalena Marovszky. Dabei betont sie, dass das Konzept der *Jobbik* nicht ohne die Regierungspartei *Fidesz* funktionieren könnte: „Auf der ideologischen Ebene sind die beiden Parteien nahezu ident, nur im Wortschatz unterscheiden sie sich.“ Seit den ungarischen Parlamentswahlen im April 2010 hält die rechtskonservative Partei *Fidesz* 206 der 265 Mandate im Parlament in Ungarn – sie regiert seither also mit einer sattem Zweidrittelmehrheit. Hinzu kommt, dass die von Vielen als „rechtsextrem“ eingeschätzte Partei *Jobbik* auf 17 Prozent der Stimmen kam. Neben zahlreichen anderen restriktiven Gesetzesänderungen beschloss die Regierung im Juni 2011 ein Zwangsarbeitsprogramm für SozialhilfeempfängerInnen, von dem insbesondere Roma betroffen sind. Denn in Folge einer jahrhundertelangen diskriminierenden Politik sind diese häufig auf Arbeitslosenunterstützung angewiesen. Sie müssen seither jede Arbeit annehmen, die ihnen vom Staat zugewiesen wird – sonst droht der Verlust jeglicher finanzieller staatlicher Hilfe. Von dieser Regelung sind auch die Roma in Gyöngyöspata betroffen. Sie müssen auf dem Hügel, nahe der Roma-Siedlung, für 200 Euro im Monat Unkraut jäten – bei jedem Wetter und ohne Verpflegung.

Konflikte auch im Kindergarten. Der Kindergarten in Gyöngyöspata gibt an, um Integration bemüht zu sein. Er befindet sich im Zentrum des Dorfes und unweit des Roma-Viertels. Direkt beim Eingang ist eine Baustelle, ein neues Gebäude entsteht hier: Die Fenster sind schon montiert, die Fassade gestrichen. Die EU finanziert den Neubau des Kindergartens. Marta Fodor, die Direktorin, öffnet die Tür zum Aufenthaltsraum:





„Ich lebe gerne hier“, sagt der frühere Bergarbeiter Rezső Horvath*. Tamas und Pamela Baranyi „versuchen, Gyöngyöspata so schnell als möglich zu verlassen.“

Fotos: Berger

Umgeben von Kinderbüchern, Spielzeug und Handspielpuppen liegen die Kinder auf kleinen Matratzen am Boden. Sie halten Mittagsschlaf. „Wir machen keine Unterschiede zwischen ihnen, hier sind alle Kinder aus dem Dorf gemeinsam“, sagt sie. Die Gruppe ist lediglich auf zwei Alterskategorien aufgeteilt. Die meisten sind zwischen drei und sieben Jahre alt.

Fodor hat eine ruhige Stimme und spricht sehr leise, um niemanden im Nebenzimmer aufzuwecken. Ob sich etwas verändert habe, seitdem die *Jobbik* an die Macht gekommen ist in Gyöngyöspata? Fodor lacht. Sie selbst lebe gar nicht im Dorf, sondern außerhalb und wolle sich deswegen nicht zur Stimmung oder zu den Vorfällen im Dorf äußern. „Als im März die Garde hier war, haben wir versucht, die Eltern zu beruhigen, deren Angst sich auf die Kinder übertragen hat. Trotz aller Beruhigungsversuche ist die Angst jedoch geblieben, und einige Familien sind weggefahren“, sagt sie. Baranyi hat andere Eindrücke vom Kindergarten: „Ja, es gibt viele Konflikte unter den Kindern. Das hauptsächliche Problem ist, dass unsere Kinder anders behandelt werden.“

Trauben pressen, Schafe stehlen. Rezső Horvath* ist anzusehen, dass er sein Leben lang hart gearbeitet hat. Er steht vor seiner Garage am nördlich gelegenen Hang des Weinbergs in Gyöngyöspata, in einer blauen Schürze, mit kräftigen Armen und furchigen Händen. Gemeinsam mit Balázs Szabó*, der an einem alten Holzfass steht und darin Trauben presst, befüllt er alte Mineralwasserflaschen mit Wein. „Zum Eigengebrauch“, sagt er dazu. „Ich bin hier geboren und lebe gern hier.“ Mit den im Ort ebenso lang ansässigen Roma habe er aber ein Problem. Sie

würden „Schafe aus dem Garten stehlen“. Gesehen habe er das zwar nicht, aber sein Nachbar. Zu den Roma habe er auch keinen persönlichen Kontakt. Nur früher, „als sie alle noch Musiker waren“, meint Horvath. Gegen den „Konflikt“ könnten vielleicht zusätzliche Arbeitsplätze helfen, der brutale Einsatz der Garde im März habe „nichts gebracht“. „Früher haben wir noch gemeinsam in der Kohlmine gearbeitet.“ Nach Schließung der Mine wurde die Fläche als gemeinsamer Gemüsegarten genutzt, doch damit ist es vorbei. Sie alle seien seither arbeitslos.

Vorurteile gegenüber Zigeuner_innen werden vor allem in Krisenzeiten schärfer, sagt die Publizistin Roswitha Scholz aus Nürnberg. „In so einer Situation werden vor allem die Mittelschichten nervös und haben Angst vor dem Absturz“, sagt sie. „Der ‚Zigeuner‘ steht dann konkret für das, was einem selbst blühen könnte, und wird deshalb massiv verfolgt. In ihm verschmilzt also rassistische Diskriminierung mit Sozialdiskriminierung.“ Hier stimmt auch der Politikwissenschaftler Markus End aus Berlin mit ein: „Der Hass der Mehrheitsgesellschaft auf die ‚Zigeuner‘ speist sich aus dem Vorwurf an diese, sie würden den stolzen Arbeitsethos, die Werte Fleiß und harte Arbeit verletzen.“ Zentrales Element dieses sogenannten Antiziganismus sei „der Vorwurf, zu betteln, ohne es zu müssen, zu stehlen und zu hausieren“, so End. Damit überrascht es auch nicht, wenn die ungarische Regierung bei einem Zwangsarbeitspaket ansetzt und dieses zu einer „Roma-Strategie“ erklärt.

Antiziganismus sei aber keineswegs nur in Osteuropa zu finden: „Das zeigen auch die jüngsten Ausschreitungen in Italien, Frankreich und Irland“, so Scholz. Auch in Österreich sind 1995 vier Roma durch ein Attentat ermordet worden.

Hakenkreuz in den Mistkübel. Der Bürgermeister von Gyöngyöspata ist für eine Stellungnahme zu den Vorfällen nicht erreichbar. Auch im Büro der Budapester *Jobbik* will niemand mit ausländischen Medien über die Vorfälle in Gyöngyöspata sprechen. Dort schmücken selbstausgedruckte Poster mit einem Männchen, das einen roten Stern statt einem Hakenkreuz in den Mistkübel wirft, alte Gemälde und ein Kalender mit heroischen Bildern die Wände des Büros. Auf einer Pinnwand kleben Fotos und Urlaubskarten von FreundInnen. Das Büro wirkt eher wie ein Jugendzentrum als ein Parteigebäude. Fehér Zsolt, der „office manager“ sagt schnell: „I do not speak English.“ Er versucht eilig einen Kontakt zu János Bencsik von der Medienabteilung der Bundesspartei herzustellen. Dieser wird aber später von der Parteiführung wieder unterbunden.

Zukunft. Die NachbarInnen im Roma-Viertel versuchen zusammenzuhalten und sich gegenseitig zu unterstützen. Zukunftsperspektiven scheint es für Pamela und Tamas Baranyi in Gyöngyöspata aber keine zu geben. „Wir versuchen, Geld zu sparen und Gyöngyöspata so schnell wie möglich zu verlassen.“ Die beiden zünden sich eine Zigarette an. Der Fernseher läuft im Hintergrund, die Sonne wirft ein rötliches Licht durch die Vorhänge der Balkontüre in den Raum. Durch das andere Fenster dringt kein Tageslicht. Es ist seit den Übergriffen mit Holzplatten verschlossen.

Die AutorInnen studieren Psychologie, Politikwissenschaft und Philosophie in Wien.

**Name auf Wunsch des Interviewten geändert.*

Service, das hilft!



Nicht vergessen!

Ein neues Semester beginnt, und wie immer gibt es eine Unzahl an Terminen und Stichtagen zu beachten. Die zwei aus unserer Sicht wichtigsten seien dir hiermit ans Herz gelegt:

Bis 14. Oktober läuft die allgemeine Zulassungsfrist im Wintersemester 2011/12; bis 30. November die Nachfrist. Innerhalb dieses Zeitraums musst du jedenfalls deinen ÖH-Beitrag, wenn nötig aber auch deine Studiengebühren einbezahlt haben, um weiterhin inskribiert zu bleiben. In der gleichen Frist kannst du auch den Antrag auf Erlass der Studiengebühren stellen.

Am 15. Dezember endet die Einreichfrist für die Anträge auf Studienbeihilfe. Einen ersten Hinweis

über die zu erwartende Höhe der Studienbeihilfe bietet dir der Stipendienrechner, der von der AK Oberösterreich und der ÖH-Bundesvertretung erstellt wurde: www.stipendienrechner.at

Dieser Rechner ist natürlich nur so genau, wie deine Eingaben. Im Zweifel empfehlen wir ALLEN Studierenden, diesen Antrag zu stellen: Er kostet nichts, und im schlimmsten Fall kassiert man einen negativen Bescheid. Das Antragsformular findest du unter www.stipendium.at.

Ausführliche Beratung zu Studienbeihilfe und Studiengebühren erhältst du in den Sozialreferaten deiner Universitätsvertretung bzw. in der ÖH-Bundesvertretung. ◀

cr

Krankenversicherung checken!

Alle Studierenden, die bei ihren Eltern/einem Elternteil oder anderen Angehörigen mitversichert sind und in den Sommermonaten einem Feri-job nachgegangen sind (und damit oft zwischenzeitlich bei einer anderen Krankenkasse versichert waren), empfehlen wir, zu überprüfen, ob die Mitversicherung bereits wieder aufrecht ist.

Zahlen zur Studienförderung signalisieren Handlungsbedarf. Im Jahr 2000 betrug die monatliche Höchststudienbeihilfe 606 Euro, der Ausgleichszulagenrichtsatz (AZR, de facto die Mindestpension) belief sich auf 604 Euro, also fast die gleiche Summe.

In den Folgejahren wurde der AZR jährlich an die Inflation angepasst, die Studienbeihilfe hingegen nur einmal. Das führte dazu, dass die Höchststudienbeihilfe im Jahr 2011 679 Euro beträgt, der AZR aber immerhin 793,40 Euro.

Auch das Stipendiovolumen sinkt rapide: Von 209 Millionen Euro im Jahr 2008 auf 184 Millionen Euro im Jahr 2010; und das bei steigenden Studierendenzahlen.

Im Gegenzug erhöhten sich beispielsweise die monatlichen Wohnkosten für Studierende zwischen 2006 und 2009 um über 25%! ◀

cr

Neuer Rektor, neue Torten?

Der Studiengang *Internationale Entwicklung* war zeitlebens ein umstrittenes Projekt. Er entstand 2002 und war ein individuelles Diplomstudium – ohne Institut. Nach den unibrennt-Protesten gestand das Rektorat der Uni Wien immerhin eine provisorische Verankerung in der Uni zu, deren Organisation mit interdisziplinären Studien bisher nur schlecht zurechtkam. Damals hieß es, dass bei einer Neustrukturierung der Uni auch die IE berücksichtigt werde und ein Institut bekäme – also im kommenden Jahr. Nun will das Rektorat das IE-Bakkalaureat aber endgültig abdröhen. Und aus dem Master ein Elitestudium mit Zugangsregelungen machen. Die vorgeschobene Begründung der Uni-Spitze: Das Bakk-Studium wäre für die Uni-Wien nicht leistbar. Der tatsächliche Hintergrund: Kritische Inhalte und die Uni Wien haben sich noch nie gut vertragen. Außerdem waren die Studierenden der IE immer schon schnell auf den Protest-Barrikaden. Ein weiterer Grund reicht bis zu den schwarzen Wissenschaftsministerien. Denn ihnen wäre eine institutionalisierte Form des Studiums ein schmerzender Dorn im Auge, da es mit einer Anerkennung der Kolonialgeschichte Österreichs einherginge.

Der ehemalige Rektor Georg Winckler wurde für seine Uni-Politik, im speziellen seinem Umgang mit der IE, auf einer Podiumsdiskussion 2004 getortet. Neuer Rektor, neue Torten? ◀

red

REFERATE DER ÖSTERREICHISCHEN HOCHSCHÜLERINNENSCHAFT

Referat für pädagogische Angelegenheiten

Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 38, Fax: - 36
paedref@oeh.ac.at

Referat für Fachhochschul-Angelegenheiten (bzw. Referat für Bildungspolitik)

Beratung: Dienstag 10–13 Uhr, Donnerstag 13–16 Uhr
 Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 38, Fax: - 36
FH@oeh.ac.at, bipol@oeh.ac.at

Referat für Sozialpolitik

Sozialberatung: Dienstag 10–13 Uhr, Mittwoch von 16–19 Uhr sowie Donnerstag 14–16 Uhr
 Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 43
sozial@oeh.ac.at

Wohnrechtsberatung: Dienstag 10–13 Uhr und

Donnerstag 13–16 Uhr
 Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 41
wohnrecht@oeh.ac.at

Sozialfonds: Montag 16–18 Uhr, Donnerstag 14–16 Uhr und Montag 16–18 Uhr nur per skype: oeh-bv.wohnrechtsberatung
 Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 22 | sozialfonds@oeh.ac.at

Studien- und MaturantInnenberatung

Montag, Mittwoch, Donnerstag 13–16 Uhr
 Dienstag, Freitag 9–12 Uhr

Spezialberatung zur Studienberechtigungsprüfung:

Dienstag 18–20 Uhr
 Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 24 bzw. - 25
studienberatung@oeh.ac.at
 Skype: OEH-Beratung

Vereinbarung von Beratung an Schulen und Betreuung von

Ständen bei Berufs- und Studieninformationsmessen
 Agnes Wühr: +43 (0) 676/888 522 92
agnes.wuehr@oeh.ac.at

Referat für internationale Angelegenheiten

Donnerstag 10–13 Uhr
 Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 95
 Fax: +43 (0) 1/310 88 80 - 36
internationales@oeh.ac.at
 Skype: internats_bv

Referat für ausländische Studierende

Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 65, Fax: +43 (0) 1/310 88 80 - 36
auslaenderInnenreferat@oeh.ac.at
 Montag 9–12 Uhr (persisch, englisch, deutsch)
 Dienstag 10–12 Uhr (englisch, türkisch, deutsch)
 Donnerstag 15–18 Uhr (englisch, spanisch, deutsch)
 Freitag 9–12 Uhr (englisch, spanisch, deutsch)

Referat für feministische Politik

Donnerstag 12–14 Uhr sowie nach Terminvereinbarung
 Tel: +43 (0) 676/888 522 74
 Fax: +43 (0) 1/310 88 80 - 36
frauenreferat@oeh.ac.at

Referat für Menschenrechte und Gesellschaftspolitik

Maria Clar: +43 (0) 1/310 88 80 - 46
 oder +43 (0) 676/888 522 52
 Mittwoch 11–14 Uhr oder nach Vereinbarung
maria.clar@oeh.ac.at

Julia Hofmann: +43 (0) 1/310 88 80 - 46
julia.hofmann@oeh.ac.at

PA alle Referate: Taubstummengasse 7–9, 1040 Wien



Die Uni ist männlich

Kommentar des feministischen Referats der ÖH-Bundesvertretung

Immer wieder und von vielen Seiten werden die katastrophalen Zustände in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter an den österreichischen Hochschulen beklagt und der Handlungsbedarf betont. Und zugleich zeigt sich, dass entsprechende Maßnahmen wenig Wirkungsmacht mit sich bringen. So stellt sich die Frage, warum tiefgreifende Schritte nicht möglich sind, wenn ohnehin so Viele die Notwendigkeit, diesbezügliche Schritte zu setzen, erkennen. So wäre es unter anderem notwendig, dass sich die österreichischen Hochschulen selbst als Organisationen begreifen, in denen Geschlecht eine zentrale Kategorie darstellt, konstruiert wird und sich manifestiert. Zugleich wird das herrschende, nur dem Anschein nach »geschlechtsneutrale« Wissenschaftsverständnis geprägt. Es muss künftig darauf geachtet werden, dass die jeweilige Führungsebene Genderkompetenz als Qualifikation aufzuweisen hat. Eine Möglichkeit, konstruktiv auf die Ergebnisse der *Leaky-Pipeline*-Studie der TU-Wien zu reagieren, wäre die Methode der Blindauswahl bei der Rekrutierung von zukünftigem Personal – ein Bewerbungsverfahren, bei dem die BewerberInnen teilweise anonym bleiben. Zudem sollte es Maßnahmen zur Steigerung

der Frauenanteile in den unterschiedlichen Karrierestufen und Hochschulebenen geben und eine Sensibilisierung für das Thema unter allen Angestellten, LeiterInnen und Studierenden angeregt werden. Aber auch verstärkte Einrichtungen von Gender-Professuren und Gender Budgeting können in diesem Prozess bedeutende Rollen spielen.

Weitere Maßnahmen, die noch zu setzen sind, könnten sich beispielsweise durch Individualförderungen wie z.B. Stipendien, Frauenförderungspläne, institutionelle Verankerung von Frauenförderung und Gender Studies an Universitäten ergeben. Darüber hinaus sollte sich die Vorgangsweise hierzulande vor allem an jenen orientieren, die die höchste Kompetenz auf diesem Gebiet aufweisen. So ist es beispielsweise kaum verwunderlich, dass die oben genannte Studie der TU Wien in den USA bereits vor zehn Jahren durchgeführt wurde. Aber auch in anderen Ländern finden sich Vorbilder im Umgang mit der Benachteiligung von Frauen im Hochschulbereich. Nicht zuletzt müssen vor allem rechtliche Maßnahmen jenen überlassen werden, von der strukturellen Diskriminierung betroffen sind. ◀

KURZMELDUNGEN

Töchterle will Elite-Uni.

Ein feuchter Traum der ÖVP: Im August veröffentlichte das Wissenschaftsministerium den Elite-Uni-Plan (auch „Hochschulplan“ genannt). Neben der Empfehlung von Studiengebühren, sieht der Plan auf rassistische Art vor, dass Unis die Studiengebühren von Studierenden aus Nicht-EWR-Staaten selbst festsetzen können – bis zur Höhe der gesamten Kosten ihres Studiums. Außerdem schlägt der Plan flächendeckende Zugangsbeschränkungen vor. Mitbestimmung für Studierende solle auch beschnitten werden: Mit Gremien wie der Konferenz der Rektorate der Unis und FHs – unter Ausschluss der ÖH. Die ÖH arbeitet daher derzeit an einem alternativen Hochschulplan.

Auf einen Blick.

Die *OECD* präsentierte am 13. September die jährlich erscheinende Studie „Education at a glance“, die einen Überblick über die Bildungssituation aller *OECD*-Länder liefern soll. Sowohl bei den StudienanfängerInnen als auch AbsolventInnen hinkt Österreich dem Schnitt hinterher. Mit dem Einführen von zusätzlichen finanziellen Hürden oder Zugangsbeschränkungen würde die Regierung diese Situation noch verschlimmern. Im Schulbereich sind laut *OECD* vor allem die Zahlen der „early school leavers“ alarmierend – jedeR fünfte Jugendliche zwischen 15 und 19 Jahren befindet sich nicht in Ausbildung.

NEU: Wohnrechtsberatung per Skype.

Die Miet- und Wohnrechtsberatung ist nun auch per Skype verfügbar: Unter dem Namen *oeh-bv.wohnrechtsberatung* stehen dir unsere ExpertInnen am Montag von 16:00-18:00 und am Donnerstag von 13:00-16:00 zur Verfügung. Welche Möglichkeiten es gibt, gegen dubios lautende Mietverträge, einen etwaig zu hohen Mietzins oder undurchschaubare Betriebskostenabrechnungen vorzugehen, darüber weiß die Mietrechtsberatung genau Bescheid. Wer keine Zeit hat selbst vorbeizukommen, kann das Nachfragen nun bequem vor dem Computer erledigen.

Weitere Infos: www.oeh.ac.at

Du kommst hier nicht rein!

Hochschulpolitik ist wieder einmal in aller Munde. Echte Veränderungen bringen die gefühlt tausenden ExpertInnenberichte jedoch nicht. Ein Kommentar.

VINZENT REST

Das neue Semester an den Unis bringt einige Neuerungen, die es angehenden StudentInnen nicht gerade leicht machen. Zum einen hat die neue Voranmeldephase für StudienanfängerInnen zu einem beträchtlichen Chaos geführt. Die neuen Studieneingangs- und Orientierungsphasen reduzieren andererseits die Antrittsmöglichkeiten für Studierende bei den entscheidenden Eingangsprüfungen.

Die Informationswebseite *www.Studienbeginn.at* des Wissenschaftsministeriums bietet angehenden Studierenden Auskünfte über bürokratische Formalia im Vorfeld des Studienbeginns. Die Pflicht zur Voranmeldung galt für all jene, die jetzt ein neues Studium beginnen, also auch für den Einstieg in ein Masterprogramm oder für den Wechsel von einem Diplom- auf ein Bachelorstudium. Die Regelung galt jedoch nicht für jene Studienrichtungen, die schon jetzt einer Zugangsbeschränkung unter-

liegen, etwa Medizin, Publizistik oder künstlerische Fächer. Von der Regelung betroffen waren also nur elf der 22 österreichischen Universitäten. Eine Ausnahme stellte außerdem die TU Wien dar, die auf eine Voranmeldungsphase verzichtet hat. Die Anmeldephase ist am 31. August zu Ende gegangen und hat, wie von Seiten der ÖH erwartet, zu einem immensen Durcheinander und einer aufgeblähten Bürokratie geführt. So hat Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle bereits angekündigt, die Voranmeldephase für das kommende Jahr überdenken zu wollen. Diskutiert wird etwa über eine Verlegung der Inskriptionsfrist.

STEOP - STOP?! Ebenso neu sind die Regelungen bezüglich der *Studieneingangs- und Orientierungsphasen* (STEOP) an den elf österreichischen Unis, deren Zugang nicht generell beschränkt ist. Das Ministerium gab zunächst vor, dass in Zukunft die Eingangsprüfungen nur mehr einmal wiederholt werden können, gestand den Unis aber zu, einen etwaigen dritten Antritt

zu gestatten. Während BOKU, TU Wien und Graz, die Montanuni sowie die Unis in Graz, Salzburg und Innsbruck diesen dritten Antritt erlaubten, wird es auf der Uni Wien und der Uni Linz nur eine Wiederholungsmöglichkeit geben. Für die WU Wien und die Uni Klagenfurt steht die diesbezügliche Entscheidung noch aus, und wird voraussichtlich im Oktober erfolgen. Die zukünftigen Eingangsphasen bestehen aus mindestens zwei Prüfungen, und umfassen – je nach Studienrichtung und Universität – zwischen vier und dreißig ECTS-Punkte. Die Eingangsphasen sollen auf die Dauer eines Semesters ausgelegt sein. Die ÖH sieht darin den bewussten Versuch, Studierende rauszuprüfen, und ruft besonders Lehrende an jenen Universitäten, die nur eine Wiederholung gestatten, dazu auf, die Voraussetzungsketten nicht zu beachten und den Studierenden mehr Wiederholungsmöglichkeiten zuzugestehen.

Rückwärts. Der Handlungsbedarf in der Hochschulpolitik ist nicht

erst seit der Audimax-Besetzung im Herbst 2009 und der dadurch erreichten verstärkten Medienpräsenz klar. Nach Jahren der Untätigkeit bekommt die Regierung die Rechnung für die ausbleibenden Investitionen in Bildung präsentiert. Es vergeht kaum ein Tag, an dem die ÖVP keinen Vorschlag hat, der auf die Reduzierung der Studierendenzahl abzielt. Während Parteichef und Vizekanzler Spindelegger Studiengebühren wieder einführen will und je nach späteren Gehaltsaussichten – je schlechter desto höher – staffeln will, kann sich Tirols Landeshauptmann Platter einen Numerus Clausus nach deutschem Vorbild vorstellen. Die SPÖ-Bildungsministerin denkt unterdessen über Zugangsregelungen nach. Die ÖVP und Töchterle werben dies als Zugeständnis. Statt für die Studierenden zu arbeiten, wird von Regierungsseite weiter ein Rückschritt nach dem anderen entworfen.

Der Autor studiert Volkswirtschaftslehre in Wien.

Was hältst du von der verpflichtenden Voranmeldung?

PROGRESS fragt Studierende, ob sie sich im Zuge der verpflichtenden Voranmeldung ausreichend informiert fühlen.



Adila Sahbegovic hat sich für den Master Volkswirtschaft an der WU Wien vorangemeldet.

Ich habe mich im Anmeldeprozess ziemlich uninformiert gefühlt. Ich habe mich an die Anforderungen gehalten, die auf der Homepage aufgelistet waren, und musste deshalb lange Behördenwege für Dokumente in Kauf nehmen, die ich schlussendlich überhaupt nicht gebraucht hätte.



Philipp Vetter hat sich für den Master Soziologie an der Uni Wien vorangemeldet.

Ich finde, die Voranmeldefristen haben sich als völlig unnötig herausgestellt und haben sowohl Studierenden als auch den Universitäten nur zusätzliche Arbeit aufgeladen. Für mich ist der Nutzen dieser Aktion wirklich überhaupt nicht nachvollziehbar.



Monika Hartmann hat sich für den Bachelor Pharmazie an der Uni Wien vorangemeldet.

Ich habe nicht das Gefühl, dass Leute ausreichend über die Neuerungen informiert wurden. Einige Freunde von mir, die im letzten Jahr Zivildienst gemacht haben, haben erst im August davon erfahren und mussten sich dann mit ihrer Entscheidung ordentlich beeilen.

Bars mit Live-Musik gibts es in New Orleans wie Sand am Meer.



Foto: Maltchnig

Schönheit im Zerfall

Wer der Perfektion misstraut, ist in New Orleans gut aufgehoben. Vieles bröckelt ab, und doch ist die Stadt das Interessanteste, was die Golfküste zu bieten hat. Ein Erfahrungsbericht.

EVA MALTSCHNIG

Rumms. Das Taxi erwischt ein Schlagloch mit 35 mph, die Fonds-InsassInnen schüttelt es durch. "I hate this street!", flucht der Fahrer. Er befindet sich auf einer der Hauptverkehrsstrecken der Stadt, selbst dort findet sich eine breite Auswahl an "Potholes", dem gemeinsamen Erkennungsmerkmal der Straßen von New Orleans. Nicht nur die Straßen bröckeln. Häuser, Dächer, Autos, Plätze: Ohne Dellen, abblätternder Farbe und fehlende Steine wären sie nicht Teil der Stadt. Was mit dem Euphemismus *Elegant Decay* umschrieben wird, ist Ausdruck der prekären sozioökonomischen Situation der *Crescent City*.

Das Stadtbudget ist knapp, doch nicht nur der Verwaltung fehlt hier das Geld, sondern auch den BürgerInnen. Das Median-Haushaltseinkommen in New Orleans liegt bei knapp 37.000 Dollar, das sind etwa 15.000 Dollar weniger als im U.S.-Durchschnitt. 24 Prozent der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze.

So viel Negatives kann schon über New Orleans geschrieben werden, ohne den Hurrican Katrina auch nur einmal zu erwähnen. Dieses Symbol für das Versagen des amerikanischen Katastrophenschutzes markiert hier die Stunde Null der Zeitrechnung. 2005 standen weite Stadtteile wochen- und monatelang in einer toxischen Brüche. Was Sturm und Wasser übrigließen, fraß der Schimmel auf.

Wenn hier nichts rosig und alles schadhaft ist, warum wollten die BewohnerInnen nach Katrina in die Stadt zurück? Weil New Orleans die interessanteste Stadt der USA ist, behauptet die Tafel an der Stadteinfahrt. Und Belege finden sich dafür genug: großzügige Parks, die von angelegten Teichen über verwilderte Eichenwälder bis zu Baseball-Feldern alles bieten. Der Lake Ponchartrain, an dessen Ufer es sich ein wenig wie am Meer anfühlt. Historische Bauten, die nicht Hochhausprojekten zum Opfer gefallen sind, sondern stolz renoviert wurden. Der mächtige Mississippi und die Öltanker, die den Old Man River entlanggleiten. Kein(!) Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen. Eine kreative und ambitionierte Essenskultur. Und natürlich die Musik. Bars mit Live-Musik gibt es hier wie Sand am Meer. Al-

erdings finden sich darin nicht wie in Österreich mehrheitlich stark alkoholisierte Möchtegern-Bon-Jovis, sondern ernstzunehmende MusikerInnen. Sie reinterpretieren Jazz-Standards aus den 20ern, erfinden den Rockabilly neu oder pusten in einer roer-Formation als Brass Band die halbe Straße weg. Kein Jazz-Fan? Kein Problem – von Bright Eyes bis Jay-Z können geneigte Austauschstudierende hier alles haben. Fast jedes Wochenende steht ein anderes Festival am Programm, und die Stadt ist leistungsfähig.

Wer sich aus dem Uni-Campus rauswagt, kann hier also eine tolle Zeit verbringen. Denn alleine wegen den Hochschulen kommen wenige her. Die beste Privatuniversität am Platz ist die *Tulane University*. Für etwas über 40.000 Dollar Studiengebühren im Jahr bekommen Kinder reicher Eltern hier einen Campus mit hübschen historischen Gebäudefassaden geboten. Im *Times Higher Education Ranking* der besten Hochschulen der USA taucht diese Alma Mater dennoch nicht auf. Im lokalen akademischen Feld allerdings nimmt sie einen wichtigen Platz ein. Nicht zuletzt ist die *Tulane University* der zweitgrößte Arbeitgeber der Stadt und damit ein unverzichtbarer ökonomischer Motor. Ein Großteil der Studierenden kommt jedoch nicht aus New Orleans oder Louisiana, denn wer hier lebt, kann sich die hohen Studiengebühren selten leisten. 70 Prozent der Studierenden an der *Tulane* sind „weiß“, die Uni passt damit gut in die Demografie des Stadtteils, in dem sie angesiedelt ist: Uptown. Die Gegend ist hübsch, die Streetcars sind pittoresk, die Immobilien teuer, und wer hier wohnt, ist selten arm.

Am Ufer des Lake Ponchartrain, also mehr oder weniger am anderen Ende der Stadt, befindet sich die öffentliche Universität. Die *University of New Orleans* kann zwar ein vielversprechendes Akronym vorweisen, doch die Gebäude sind weniger prächtig, die Campus-Ausstattung dürftiger und die Eichhörnchen dreister als an der privaten Schwester *Tulane*. Hier kostet ein Studienjahr als Bachelor-StudentIn „nur“ etwa 4.700 Dollar, und so finden sich hier viele Studierende aus New Orleans. 55 Prozent der Studierenden sind „weiß“. In einer Stadt mit 30 Prozent „Weißen“ im demografischen Mittel ist das zwar immer noch viel, aber der Campus-Rundgang zeigt deutlich mehr Diversität als jener an der *Tulane University*. Mit Star-

Alumni kann sich diese Uni kaum schmücken, dafür aber mit ihrer bekanntesten Studienabschreiberin: US-Talkshowmoderatorin und Schauspielerin Ellen DeGeneres.

Die Erzählungen der Studierenden über die Zeit nach Katrina zeigen die Perspektive der Jungen auf die Naturkatastrophe. Quer durch den Bundesstaat und noch weiter waren sie im Wintersemester 2005 verstreut. Viele landeten in Baton Rouge, und sie konnten das Sankt Pölten von Louisiana nicht ausstehen. Am Tag als New Orleans „wieder aufsperrte“, kamen sie zurück. Geschäfte habe es da zwar noch keine gegeben, doch mit Food-Trucks tuckerten die Hilfsteams täglich durch die Stadt und verteilten Essen. Für Studierende mit beschränkten Budgets seien das paradiesische Zustände gewesen, so erzählen einige.

Mit der Zäsur „Katrina“ hat sich für New Orleans auch eine Möglichkeit eröffnet: Besser zurückzukommen. Rebirth Brass Band ist der passende Name für die beste Bläser-Kombo der Stadt, und als 2010 die *New Orleans Saints* den *Superbowl* in die Crescent City holten, schien das Comeback perfekt. Doch auch systematische, nicht nur symbolische „rebirths“ finden sich in der Stadtgeschichte. Vor Katrina war New Orleans für die schlechtesten öffentlichen Schulen des Landes bekannt. Nach einer radikalen Umstrukturierung des Schulsystems schneiden die Jugendlichen in den standardisierten Bildungstest nun deutlich besser ab. Aktuell wird ein neuer Versuch unternommen, die Mordrate der Stadt zu senken. Während in Österreich auf 100.000 EinwohnerInnen ein halber Mord pro Jahr kommt, beläuft sich diese Zahl in New Orleans auf 52.

Opfer und TäterInnen sind fast ausschließlich junge AfroamerikanerInnen – Arbeitslosigkeit und fehlende Zukunftsperspektiven haben damit mehr zu tun als die oft beschworene Bandenkriminalität. Diese „Kultur der Gewalt“ soll nun nachhaltig geschwächt werden. Die Stadtregierung finanziert ein Gewaltpräventionsprojekt mit 250.000 Dollar. Ob New Orleans damit weite Sprünge machen kann, wird sich zeigen. ◀

Die Autorin studierte Sozioökonomie in Wien.

Wohnen wird teurer

Knappes Angebot und unklare Gesetze lassen Mieten steigen – indes stehen Büros leer, weil sich ein Umbau für die EigentümerInnen nicht rechnet.

DOMINIK WURNIG

Egal, mit wem man spricht, alle bestätigen: Die Mieten in Österreich steigen. Während vermietete Wohnungen im Takt mit der offiziellen Inflationsrate teurer werden, entwickeln sich die Preise für neu vermietete Wohnungen rasanter. Und das trifft vor allem Studierende überproportional, denn sie schließen besonders oft neue Mietverträge ab.

Oliver Olbrich von der größten Wohnungsplattform für Studierende *jobwohnen.at* kennt den Markt und stellt fest: „Die Preise steigen generell. Das liegt einerseits an der hohen Inflation und andererseits am immer knapperen Angebot, da seit Jahren zu wenig gebaut wird.“ So prognostiziert die *Österreichische Raumordnungskonferenz* einen jährlichen Neubaubedarf von 8.500 bis 10.000 Wohnungen in Wien – gebaut wurden zwischen 2005 und 2010 jährlich im Durchschnitt nur 7.266.

Wohnungssuche ist ein Fulltime-Job. Gerald Lamprecht ist genervt. Der Geschichtestudent ist eigentlich auf Wohnungssuche. Seit Jahren wohnt er in einem 10m²-Zimmer in einer WG im 18. Wiener Gemeindebezirk. Und dort wird er wohl auch noch länger bleiben. „Die billigsten

Wohnungen sind so, dass du es um 450 € gerade mal warm hast. Und das für 30 Quadratmeter.“ Aber nicht nur, dass die Wohnungen sein Budget übersteigen. Ihm fehlt auch die Zeit: „Wohnungssuche ist ein Fulltime-Job. Die guten Angebote sind sofort weg.“

Eigentlich dürften die Mieten nicht so einfach steigen. In Österreich bestimmen zu einem großen Teil Gesetze und nicht das Spiel von Angebot und Nachfrage den Preis. So gilt beispielsweise das Richtwertsystem für Altbauwohnungen (Baujahr vor 1945): Ein Quadratmeterpreis ist festgelegt und Zuschläge darf es nur geben, wenn die Wohnung besser als die Normwohnung ist. Jedoch: „Die Vermieter scheren sich überhaupt nicht um gesetzliche Höchstmieten“, sagt der Mietrechtsexperte der *Arbeiterkammer* Walter Rosifka. Die gesetzliche Grundlage sei ungenau und nur ein Schiedsgerichtsverfahren kann Klarheit über die Höhe der Zuschläge bringen. „Die ungenaue gesetzliche Grundlage und der Nachfrageüberhang am Markt führen zu überhöhten Mieten“, erklärt der KonsumentInnenschützer der *Arbeiterkammer*. Laut *Mietervereinigung* sind über 80 Prozent der Verträge übersteuert. Die Konsequenzen sind für die beiden Organisationen klar: Es braucht eine Reform des Mietrechts.

Büros stehen leer. Während die Nachfrage nach Wohnungen groß ist, stehen seit Jahren rund 640.000 Quadratmeter an Büroflächen in Wien leer. Die Milchbubenrechnung ist klar: Das entspräche über 12.000 Wohnungen mit 50 m² Fläche. Wieso diese nicht für Wohnungen genutzt werden, erklärt Michael Pisecky, Stellvertretender Obmann der *Immobilien- und Vermögenstreuhänder Wien*: „Büroflächen umzubauen, erfordert Investitionen und die Miete beim Wohnen ist meist geringer als bei Büronutzung. Umbau erfolgt dann, wenn die Lage sehr gut ist und die Wohnungen dann im Eigentum zu sehr guten Preisen abverkauft werden. Mietwohnungen entstehen daraus kaum.“ Während für Büroflächen im Schnitt 14 €/m² gezahlt werden, kostet ein Mietwohnungsquadratmeter laut Erhebung der Internetplattform *findmyhome.at* aktuell 12,95 €.

Zu allem Überfluss, kündigen sich jetzt auch noch Preissteigerungen in den Studierendenheimen an. So wird das Salzburger *Studentenwerk* die Bettpreise im nächsten Jahr von 300 € auf 360 € monatlich anheben, weil das *Wissenschaftsministerium* die Förderung für Generalsanierungen gestrichen hat. ◀

Der Autor studierte Theater-, Film-, und Medienwissenschaften in Wien.

Die Inhalte sind die gleichen geblieben

Seit den 1970ern dienen Frauenuniversitäten dazu, Freiräume für Frauen. Diese sind bis heute von Männern dominiert. Anlässlich der Frauensommeruni (FSU), die Ende September in Linz stattfand, erzählt Margit Hauser, langjährige Mitarbeiterin im STICHWORT. Archiv der Frauen- und Lesbenbewegung in Wien in einem Interview von den ersten Frauenunis und davon, wie sie sich verändert haben.

PROGRESS: *Du hast im Rahmen der diesjährigen FSU in Linz, die unter dem Motto „Lebensrealitäten“ stand, eine Ausstellung gestaltet. Worum geht es in der Ausstellung?*

HAUSER: Die Ausstellung zeigt Plakate und Collagen zu den ersten Frauensommerunis bis 1990. Dabei haben bei aller überblicksartigen Kürze auch die äußeren Konflikte und internen Kritiken andeutungsweise Platz gefunden.

Welche inhaltlichen Schwerpunkte hat es vor allem in den Anfangsjahren gegeben?

Die ersten sechs Frauensommerunis von 1984 bis 1990 dauerten jeweils acht Tage: Die erste Frauensommeruni 1984 an der TU Wien hatte den Titel „Für das Recht auf Arbeit“ und startete mit einer „Analyse der momentanen Situation“. Die wei-

teren Tagesthemen waren der Einfluss der Frauen in und auf Interessensvertretungen, die Bildungs- und Ausbildungssituation von Frauen, die historische Entwicklung der Frauenarbeit, aber auch die internationale Arbeitsteilung – Frauenarbeit in der Dritten Welt und die Auswirkungen der ökonomischen Krise auf Frauen, samt Gegenstrategien.

Das Thema Arbeit zieht sich in verschiedensten Formen durch fast alle Frauensommer- und -frühlingsunis. Weitere Schwerpunkte sind immer wieder Frauen in Naturwissenschaft und Technik und Strategien bzw. Organisationsformen der Frauenbewegung.

Siehst du Veränderungen im Vergleich zu heute?

Die Inhalte scheinen sich nicht grundsätzlich verändert zu haben.

Seit Wiederaufleben der Frauenunis mit den Frauenfrühlingsuniversitäten ab 2007 zeigen sich vor allem formale Veränderungen: Die Frühlingsuni berücksichtigt, dass mitten im Sommer viele Frauen zusammenzubringen schwieriger ist als ehemals, und es sind auch nicht mehr die Hundertschaften, die in den 80ern die hochsommerlichen Unis füllten. Das Programm ist kürzer und hat oft keine Tagesthemen oder Schwerpunkte mehr, und die Zielgruppe sind Frauen jenseits des biologischen Geschlechts. Das Gefühl, wirklich etwas verändern, ernsthaft etwas fordern zu können, ist nicht mehr spürbar.

Womit hatten Frauen in den Anfangsjahren besonders zu kämpfen?

Ob die Frauensommeruniversitäten der 80er-Jahre ein größeres mediales Echo hervorriefen als die heutigen Ver-

anstaltungen, müsste zwar durch Medienanalysen sorgfältig überprüft werden, auf den ersten Blick scheint es aber so. Ich selbst habe das erste Mal Mitte der 80er durch einen *Zeit im Bild*-Beitrag von einer Frauensommeruni erfahren – so „weit“ schaffen es die FSUs heute nicht mehr vor. Und natürlich hat sich das gesellschaftliche Klima generell verändert: So war die Polizei 1988 in Linz sofort am Posten, als zeitgleich zur FSU gesprayte Parolen u.a. gegen Gentechnik in der Stadt auftauchten. Es kam zur Verhaftung und medienwirksamen Anklage von drei Frauen wegen schwerer Sachbeschädigung. Es war im übrigen das Jahr zahlreicher Verhaftungen von gentechnikkritischen Feministinnen in der BRD, das Thema war ausgesprochen virulent. ◀

Das Interview führte Judith Goetz



Vormarsch des Überwachungsstaates

Kommentar von Stefan Halla

Mit den Terroranschlägen in Oslo am 22. Juli 2011 gehen auch in Österreich wieder Bedrohungsszenarien und die Angst vor Terroranschlägen um. Während der norwegische Ministerpräsident die Terrorakte mit „mehr Demokratie, mehr Offenheit und mehr Menschlichkeit“ beantworten will und somit Hardlinern eine Abfuhr erteilt, nimmt die ÖVP die Anschläge zum Anlass, neue und härtere Anti-Terror-Gesetze zu fordern.

Obwohl Anti-Terror-Pakete in Österreich fast jährlich, das letzte erst vor knapp einem Jahr im September 2010 und die Vorratsdatenspeicherung erst im April dieses Jahres, beschlossen worden sind, wird bereits an den nächsten Verschärfungen gebastelt. Vorgeschobener Grund ist stets die Terrorgefahr durch IslamistInnen - obwohl laut Verfassungsschutzberichten seit 9/11 kein islamistischer Terroranschlag in Österreich verübt wurde und die Zahl der Anzeigen in diesem Bereich verschwindend gering ist. Überspitzt formuliert könnte das Innenministerium auch gleich ein Anti-Meteoriten-Programm starten, um die österreichische Bevölkerung vor möglichen Einschlägen schützen zu können.

Vom Rechtsstaat zum Sicherheitsstaat. So entsteht also der Eindruck, dass hier versucht wird, schleichend den Rechtsstaat in einen Sicherheitsstaat umzuwandeln, in dem sich der Staat für Eingriffe in Freiheitsrechte nicht mehr zu rechtfertigen braucht. Auf Kosten von Datenschutz, Privatleben oder Meinungsfrei-

heit wird suggeriert, Sicherheit garantieren zu wollen. Der Anti-Terror-Berater der NATO Prof. Dr. Steinhäusler meint zum Thema passend: „Wir können letztlich perfekte Sicherheit dadurch erreichen, dass wir unsere eigene Freiheit aufgeben“.

Hinzu kommt auch, dass zahlreiche Überwachungsmaßnahmen gar keinen nennenswerten Beitrag zur Verbrechensaufklärung und -vorbeugung leisten. Erst kürzlich hat eine Studie gezeigt, dass die Einführung der Vorratsdatenspeicherung in Deutschland die Aufklärungsquote um lächerliche 0,006 % erhöht hat.

Die Verteidigung der Freiheit. Der Vorschlag der ÖVP und des Verfassungsschutzes die erweiterte Gefahnerforschung auf Einzelpersonen auszuweiten, um diese ohne konkreten Verdacht überwachen und entsprechende Daten besser mit ausländischen Geheimdiensten teilen zu können, passt da nur all zu gut ins Bild des Sicherheitsstaates.

Das neue Anti-Terror-Paket ist also nicht nur abzulehnen, weil es wichtige demokratische Freiheiten abschafft und die Türe zum Spitzelstaat öffnet, sondern auch weil es eine Gefahr für eine funktionierende Demokratie und den Rechtsstaat darstellt. Es geht hier um die Verteidigung der Freiheiten, die eine Demokratie überhaupt erst ausmachen!

Der Autor studiert Rechtswissenschaften in Wien.

KURZMELDUNGEN

Ghanas Frauen auf dem Vormarsch. Der südafrikanische Infografiker Ivan Colic hat auf seinem Blog *Afrografique* ein Schaubild veröffentlicht, das den Anteil der Unternehmerinnen in verschiedenen afrikanischen Ländern zeigt. Unter Einbeziehung von Micro-Unternehmen schneidet Ghana dabei mit 49 Prozent in den letzten fünf Jahren am besten ab. Zum Vergleich: In Österreich werden nur rund ein Drittel der Unternehmen von Frauen geführt, so eine Statistik der *Wirtschaftskammer*.

Wikileaks-Depeschen setzen Mugabe unter Druck. Aus von Wikileaks veröffentlichten Depeschen geht hervor, dass enge Vertraute von Simbawes Präsident Robert Mugabe sensible Informationen an US-DiplomatInnen weitergegeben haben. Sie sprechen demzufolge auch offen über Mugabes Nachfolge. Die Enthüllungen zeigen vor allem den instabilen Zustand von Mugabes betont antiwestlicher *Zimbabwe National Union Party*. Zur Zeit wird geprüft, ob die Betroffenen wegen Hochverrats angeklagt werden. Darauf steht in Simbabwe die Todesstrafe.

Facebook-Abstinenz für Behörden? Die deutsche VerbraucherInnenschutzministerin Ilse Aigner fordert, Facebook-Fanpages von Ministerien und Behörden abzuschalten. Grund dafür ist eine Analyse der schleswig-holsteinischen Landeszentrale für Datenschutz, wonach Facebook beim Anklicken einer solchen Seite ein Cookie installiert, welches zwei Jahre lang NutzerInnendaten sammelt. Dies verstöße gegen deutsches und europäisches Recht. Auch in Österreich ist ein Ministerium seit April 2011 mit einer Fanpage auf Facebook vertreten, das Unterrichtsministerium.

Entfesselung der Empörung

Für soziale Gerechtigkeit, für die „Wahrhaftigkeit“ der Politik statt deren „Unterwerfung unter Märkte“ und für die Chance auf ein würdevolles Leben gehen abertausende „Empörte“ in Portugal und Spanien auf die Straße. Sie starten dabei eine Revolution auf Raten, die sich zusehends globalisiert.

JAN MAROT

Sie zelteten im Zentrum Madrids an der Puerta del Sol, in Mailand vor der Börse, skandierten zu Hunderttausenden Parolen. Sie forderten soziale Gerechtigkeit im israelischen Tel Aviv und selbst in Santiago de Chile sekundierten über eine Million DemonstrantInnen die Forderung nach einer neuerlichen Verstaatlichung des Bildungssektors. Stets gewaltfrei und mit zivilem Ungehorsam – und konfrontiert mit Attacken seitens der Polizei, die in Madrid und Barcelona mit Schlagstöcken gegen die DemonstrantInnen vorging, die in Athen Wasserwerfer, abgelaufenes Tränengas und brutale Körpergewalt einsetzte und in Chile ebenfalls Tränengas gegen die StudentInnen anwandte.

Die Proteste, die in Portugal am 12. März dieses Jahres mit der so genannten *Geração à rasca* (dt. „Generation in der Bredouille“) begonnen hatten, schwappten prompt nach Spanien über, wo die Plattform *Wahre Demokratie, jetzt* – initiiert von Jon Aguirre Such – am 15. Mai in Massendemonstrationen landesweit aufbegehrte. Die Bewegung gewann eine Eigendynamik und wächst weiter, global wie lokal. Es scheint, als fände der beherzte Aufruf des einstigen Widerstandskämpfers gegen Nazi-Deutschland, Stéphane Hessel (93), in seinem Essay „Empört Euch!“ in Iberien den größten Widerhall. Als der Résistance-Veteran Anfang September nach Madrid geladen war, fehlten ihm fast die Worte: „Die Protestbewegung ist etwas Wunderschönes. Spanien, wie die Welt ganz generell, sie sollten sich vom Neoliberalismus verabschieden.“

Murmeltiertagsgefühl. „Nein, sie vertreten uns nicht!“, „Die Revolution hat begonnen!“ oder „Sie nennen es Demokratie, es ist ein Polizeistaat!“ sind einige der vielen Protestrufe der unzähligen spanischen „Empörten“ (span. *indignados*). Eine „verlorene Generation“, die sich von den aus ihrer Sicht „wirtschaftshörigen“ Großparteien, seien es SozialistInnen oder die rechtskonservative Volkspartei, ihrer Zukunft beraubt fühlt. Dabei geht es unter anderem um würdevolles Arbeiten und Wohnen, sowie um Parolen wie „Eure Krise bezahlen wir nicht“, gegen „die

Märkte“, die „Rating-Agenturen“ oder die „Banken-Rettungen“. Die Unterwerfung der Politik durch die „Märkte“ gelte es zu brechen, ebenso die „Zweiparteien-Diktatur“, welche seit 36 Jahren die spanische Politik charakterisiert. So treten die *indignados* für die Stärkung der Kleinparteien und parlamentarische Pluralität, gegen politische Korruption und Sinnlosigkeiten per Finanzierung aus der Staatskasse an. Bei einem Blick auf die Ansprachen spanischer Ministerpräsidenten seit Leopoldo Calvo-Sotelo im frühen demokratischen Spanien um 1981 über Felipe González bis zu José Maria Aznar, kommt ein Murmeltiertagsgefühl auf: Auf deren Agenda standen seit jeher Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise und die Verbesserung des Zugangs zu Wohnungen für die junge Generation. Nach wie vor werden diese Themen gebetsmühlenartig in die TV-Kameras posaunt.

Heute hat beinahe jedeR zweite unter 30-Jährige in Spanien keinen Job. AkademikerInnen streichen mitunter ihre Titel aus dem Lebenslauf, um überhaupt noch eine Anstellung, freilich prekär, zu erhalten. 45,7 Prozent Arbeitslosigkeit bei den Jungen – das ist ein Wert, der sich nicht nur seit Krisenbeginn verdoppelt hat, er erscheint im EU-Vergleich außerirdisch. Viele, die zu Boomzeiten noch gelockt von den Gehältern der Bau- und Tourismusindustrie Schule und Studium abgebrochen haben, zählen heute zum paradox erscheinenden Kollektiv der „jungen Langzeitarbeitslosen“.

Arbeitslos vs. Auswandern. César Corrochano ist einer von vielen, die sich empören und sich von Anfang an der Bewegung angeschlossen haben. Vor dem Abschluss seines Architekturstudiums in Madrid stehend, lebt der 29-Jährige wie das Gros seiner AltersgenossInnen noch im Elternhaus. Mit seinem „Gehalt“ für einen Uni-Halbtagsjob à 470 Euro (zehn Bezüge jährlich) ist ein WG-Zimmer (ab 350 Euro aufwärts) illusorisch. Sozialversicherung ist ein Fremdwort für ihn und auch Jobbewerbungen hat er nach zig Absagen satt: „Entweder ich wechsle mein Berufsfeld, oder ich wandere aus“, sagt Corrochano: „Vielleicht auch nach Deutschland.“ Immerhin hat er sein Erasmus-Semester in Hannover verbracht, und spricht fast akzentfrei „ein

bisschen Deutsch“, wie er bescheiden sagt. Zahlreiche KollegInnen wären bereits in Berlin, Paris oder eben in Panama oder Chile in Büros tätig, um der Hoffnungslosigkeit der „verlorenen Generation“ Iberiens zu entfliehen. Von der Politik ist er schwer enttäuscht: „Egal was man wählt, verändern wird sich nichts“, beklagt er. Ein Großteil der PolitikerInnen sei „auf ihren persönlichen Vorteil erpicht und hat den Kontakt zur Bevölkerung ohnehin längst verloren“. Darum fordert er „eine fairere Welt“ ein, „die definitiv möglich sei“.

Worte der Unterstützung äußerte auch der international angesehene Richter Baltasar Garzón. Er wünscht sich, dass „die 15M-Bewegung zu einer dauerhaften Institution“ wird. Und so manches, das auf den „Volksversammlungen“ der *indignados* auf unter dem Motto „Yes, we camp“ errichteten Zelt-Plätzen landesweit debattiert wurde, steht bereits auf der Agenda der Realpolitik, wenn auch stark abgeschwächt: Der Schutz der vor der Enteignung stehenden HypothekenkreditnehmerInnen und ein Transparenzgesetz wider die Polit-Korruption, wie von den „Empörten“ gefordert, ist mittlerweile in Vorbereitung. Immerhin wurden die Vermögenswerte aller Abgeordneten offengelegt. Außerdem steht eine Wahlrechtsreform an, die die Kleinparteien stärken soll. Denn das D’Hondtsche Wahlsystem, das übrigens auch in Österreich angewandt wird, benachteiligt diese bisher. Ein Blick zurück auf den Wahlgang von 2008 veranschaulicht das. Die Vereinigte Linke errang knapp 960.000 Stimmen, erhielt jedoch lediglich zwei Abgeordnete. Ein Sitz „kostete“ die fast 500.000-fache Bekundung des WählerInnenwillens. Die Großparteien errangen mit je zehn und elf Millionen Stimmen hingegen 169 (Sozialisten) und 154 (Konservative) Sitze im Parlament – einen pro 65.000 Stimmen.

Erst der Anfang. Der streitbare Philosoph Fernando Savater empört sich hingegen über die „Empörten“: Diese seien so unbedeutend wie ein „Kistchen Gartenkresse“. Der Soziologe Kerman Calvo, Professor an der Universität Salamanca und Autor einer ersten wissenschaftlichen Expertise über die spanische Protestbewegung, sieht die Bewegung hingegen erst am Anfang. „Sie steht

Foto: Jan Marot



„Unsere Träume werden nicht vertrieben werden.“

auf keinen Fall vor ihrem Ende. Ganz im Gegenteil“, sagt er. Sie sei „in eine Phase der Selbstdefinition eingetreten und lege nun ihre Prioritäten fest“.

Der spanische staatliche Rundfunk gab zuletzt die Zahl jener, die „in irgendeiner Form an der Protestbewegung mitgewirkt“ hätten, mit bis zu acht Millionen an – in einem Land, das knapp 47 Millionen EinwohnerInnen zählt. Die Vernetzung der Bewegung geschieht nicht einzig über Twitter per Hashtags wie #15M, #spanishrevolution, #tomalaplaza und Facebook. Auf eigenen Blogseiten der zahllosen lokalen Volksversammlungen werden auch zu regionalen Themen Lösungsansätze debattiert. Denn ein Mausklick auf „Gefällt mir“ alleine ist keineswegs ein revolutionärer Akt.

Lokale Stärke. „Neben unseren Blockade-Aktionen gegen die polizeilichen Delogierungen säumiger HypothekenkreditnehmerInnen, ist das das Gebiet, über das wir derzeit den größten Zuwachs verzeichnen“, sagt Marta Cifuentes (28) aus Granada: „Über lokale Themen, wie etwa die Schließung einer Bezirksbibliothek, kommen wir an einen breiten Personenkreis, der uns sonst nicht kennen würde.“ Sie hat Psychologie fertig studiert und widmet sich nun – aus „purem Interesse“ – einer Kunstausbildung im Bereich-

Schmuckdesign. Seit Beginn der Proteste ist Cifuentes Teil der 15M-Bewegung. „Ich war bei der Demo im Mai, und zwei Tage später erfuhr ich, dass die Ersten ein Protestcamp errichtet hatten. Ich bin sofort hingegangen“, sagt sie. „Es ist fast unglaublich, wie schnell wir uns organisiert hatten. Binnen weniger Tage hatten wir eine Gemeinschaftsküche, einen Kindergarten, eine Bibliothek, ja selbst psychologische Betreuung leisteten wir im Camp“, sagt Cifuentes, merkt jedoch an: „Bei denjenigen, die Wochen im Freien geschlafen hatten, merkte man deutlich den psychischen Verfall. Manche wurden fast paranoid.“

Zwar wird der kommende Urnengang anlässlich der Parlamentswahlen am 20. November mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in einer absoluten Mehrheit der konservativen Volkspartei münden. Enttäuscht von den SozialistInnen unter Zapatero, wenden sich viele WählerInnen der Rechten zu – selbst wenn diese nostalgisch der Diktatur unter Francisco Franco und José Antonio Primo de Rivera, dem Gründer der faschistischen Falange Española de las J.O.N.S., huldigen.

Weiß oder Wahlboykott. „Die vorgezogenen Parlamentswahlen eröffnen ein ideales Zeitfenster für neue 15M-Proteste“, meint der Soziologe Calvo. Doch selbst wenn sich ihr Widerstand gegen beide Großparteien, SozialistInnen wie

Konservative, richte, werde „ihr Einfluss auf das Wahlergebnis sehr gering sein“, prognostiziert er: „Die meisten Protestierenden sehen sich nahe der Linken oder sind NichtwählerInnen.“ In der Tat, noch bei den Kommunalwahlen im Mai waren sie laut, die Stimmen, die zum Wahlboykott oder zum durchwegs beliebten „Weiß-Wählen“ (die ungültige Stimme wird gezählt, aber keiner Partei zugerechnet, was die Großparteien minimal schwächt) aufriefen.

Nun jedoch – „um einen Erdrutschsieg der Konservativen zu verhindern“, wie die Aktivistin Cifuentes sagte – wollen zumindest Teile der Bewegung von ihrem Recht Gebrauch machen. Im Wahlkampf werden sie ohnehin nicht untergehen: 15M-Delegierte reisen quer durch Europa und um die ganze Welt, um sich persönlich auszutauschen. Einem Sternmarsch aus allen Provinzen gen Madrid folgte einer nach Brüssel, wo die „Empörten“ am 15. Oktober eintreffen wollen. Am selben Tag sind Großkundgebungen in ganz Spanien anberaumt und die Online-AktivistInnen des Kollektivs Anonymous, das die spanische 15M-Bewegung unterstützt, kündigte eine zu Redaktionsschluss noch nicht näher definierte Aktion für den Wahltag, die „OP2oN“ an. ◀

Autor studiert im Doktorat Kommunikationswissenschaft. Seit 2007 lebt er als freier Journalist in Granada.

Protest im Parlament mit weitreichenden Folgen.



Foto: Juen

ÖH unter Verdacht

Der Überwachungsstaat nimmt immer beängstigendere Auswüchse an. Drei ehemalige ÖH-FunktionärInnen werden in einer Datenbank des Verfassungsschutzes als ExtremistInnen geführt. Ein Kommentar

SIGRID MAURER, MIRIJAM MÜLLER UND
THOMAS WALLERBERGER

Am 22. Dezember 2010 organisierte die ÖH-Bundesvertretung gemeinsam mit AktivistInnen der #unibrennt-Bewegung anlässlich der Kürzungen bei der Familienbeihilfe eine Protestaktion im Parlament. Eine Aktion mit schweren Folgen, denn seither ist unter anderem das gesamte ehemalige ÖH-Vorsitzteam in der Datenbank zur Abwehr gefährlicher Angriffe und krimineller Verbindungen, kurz EDIS des Bundesverfassungsschutzes gespeichert, als AktivistInnen der Gruppe 2-EX (Extremismus).

Parlamentsprotest. 19 Personen entrollten mitgebrachte Transparente, warfen Flyer und ließen die Abgeordneten mit Parolen wie „Wir sind hier und wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut!“ wissen, was sie von den geplanten Sparmaßnahmen im Zuge des neuen Budgets halten. Die Sitzung des Nationalrats wurde für drei Minuten unterbrochen, die AktivistInnen vom Sicherheitspersonal des Parlaments von der BesucherInnentribüne geholt und ihre Daten aufgenommen. Unmittelbare Konsequenzen der Aktion waren ein Hausverbot über die Dauer von 18 Monaten, das von der Parlamentsdirektion verhängt wurde, sowie eine Verwaltungsstrafe in der Höhe von 70 Euro wegen Störung der öffentlichen Ordnung für alle Beteiligten. Doch damit nicht genug. Einige Monate nach der Aktion stellten elf der 19 Personen ein Auskunftsbeghen an das Innenministerium, um zu erfahren, welche Daten über sie gespeichert wurden. Fünf Personen, darunter das ehemalige Vorsitzteam der ÖH-Bundesvertretung Sigrid Maurer, Thomas Wallerberger und Mirijam Müller erhielten Auskunft über ihre Eintragung in die EDIS-Datenbank mit der Speicherdauer von zehn Jahren. Als Rechtsgrundlage und Speichergrund wurde die Abwehr von kriminellen Verbindungen angegeben. Laut Gesetz besteht diese, sobald sich drei oder mehr Menschen mit dem Vorsatz zusammenschließen, fortgesetzt gerichtlich strafbare Handlungen zu begehen, wozu Verwaltungsübertretungen eindeutig nicht zählen.

Weitreichende Folgen. ÖH-FunktionärInnen, sprich VertreterInnen einer öffentlich-rechtlichen

Körperschaft, die von allen Studierenden demokratisch gewählt wird, werden aufgrund einer friedlichen Protestaktion und bloßen Verwaltungsübertretung vom Verfassungsschutz als ExtremistInnen angesehen und in dessen Extremismusdatenbank geführt. Der Verfassungsschutz sieht also hinter der Protestaktion eine kriminelle Verbindung und verdächtigt die betroffenen ÖH-FunktionärInnen als Mitglieder dieser Verbindung. Ein derartiger Verdacht hat weitreichende Folgen für die Betroffenen, denn er ermächtigt die Polizei zahlreiche Überwachungs- und Ermittlungsmaßnahmen einzuleiten, ohne dass diese einer gerichtlichen Kontrolle unterliegen. Unter anderem darf die Polizei gegen die Betroffenen verdeckt ermitteln, Bild-, Video- und Tonaufzeichnungen an öffentlichen Orten, bzw. durch Verwanzung von ErmittlerInnen auch an privaten Orten, erstellen sowie sämtliche abrufbare personenbezogenen Daten ermitteln und weiterverarbeiten. Momentan kann weder bestätigt noch ausgeschlossen werden, ob derartige Maßnahmen gegen die ÖH-FunktionärInnen und AktivistInnen eingeleitet wurden. Der Überwachung von regierungskritischen Personen steht, wie dieser Fall klar zeigt, nichts im Weg; und das ohne richterlichen Beschluss, ohne staatsanwaltschaftliche Genehmigung, ohne dass ein konkreter Verdacht begründet werden muss, die ermittelnden BeamtInnen schulden niemandem Rechenschaft.

Alle sind verdächtig. Seit im Sommer erneut die Diskussion rund um die Abwehr von Terrorismus und dementsprechende Antiterrorgesetze entflammt ist, bastelt die Regierung an neuen Gesetzen, die nun kurz vor der Beschlussfassung stehen. In diesem Paket werden die Befugnisse der Sicherheitsbehörden noch weiter ausgeweitet – künftig sollen sie ohne konkreten Verdacht auch gegen Einzelpersonen ermitteln können. So reicht es zukünftig, sich mündlich, schriftlich oder elektronisch in irgendeiner Form positiv zu Gewalt gegen verfassungsmäßige Einrichtungen oder Belangen verfassungsfeindlich zu äußern, um dem Verfassungsschutz zu ermöglichen, diverse Überwachungsmaßnahmen einzuleiten. Die Polizei darf ohne gerichtliche Kontrolle sogenannte Bewegungsprofile auf Basis von Handy Standortdaten, die von Handyunternehmen abgefragt werden, erstellen. Auch der Einsatz von Peilsendern wird zukünftig möglich, Besetzungen dürfen ohne Räu-

mungsverordnung beendet werden, und was gerade politisch aktive Menschen stark betrifft, ist die zukünftige Möglichkeit der erweiterten Gefährdungsanalyse bei Delikten des Staatsschutzes. Bei dieser werden personenbezogene Daten in einer Analyse-datenbank gesammelt und weiterverarbeitet, um als Ausgangspunkt für weitere Maßnahmen zu dienen. Dadurch sollen Menschen vom Verfassungsschutz auf ihre „Staatsfeindlichkeit“ und Gefährlichkeit geprüft werden, ohne dass dieser dabei irgendwelchen Auflagen unterliegen würde – nicht einmal die Zustimmung des oder der Rechtsschutzbeauftragten ist vorgeschrieben. Datenbanken werden international vernetzt, die gespeicherten Daten mit denen aus anderen Ländern abgeglichen und ausgetauscht.

Rechtstaat adé. Wenn Menschen aufgrund einer harmlosen Protestaktion im Parlament als ExtremistInnen und die ÖH als kriminelle Verbindung verdächtigt wird, wird Strafbarkeit auf Meinungsäußerungen verlagert. Es kommt so zu einer Abkehr vom Individualstrafrecht, hin zur Kriminalisierung von Vorbereitungshandlungen, Meinungsäußerungen und der Zugehörigkeit zu Gruppen/Vereinungen. Parallel dazu kommt es durch ständig neue Überwachungsmöglichkeiten, die Sammlung sensibler Daten und deren fehlende bzw. mangelnde Kontrolle zu massiven Einschnitten im Privatleben, im Rechts- und Datenschutz und bezüglich der Unschuldsvermutung. Gerade NGOs und Menschen, die politische Entscheidungen nicht unkommentiert stehen lassen wollen und aktivistisch auf Missstände aufmerksam machen, sind von diesen Änderungen betroffen und können leicht Ziel von Ermittlungen werden. Mögliche Folgen derartiger Gesetze konnten beim Tierschutzprozess beobachtet werden. Die seit Jahren schrittweise erweiterten Kompetenzen der Sicherheitsbehörden schaffen ein Klima, in dem sich jedeR BürgerIn potentiell kriminell oder staatsfeindlich fühlen muss. Mit dem vorgeschlagenen Terrorpaket der Regierung bewegen wir uns noch einen Schritt weiter in Richtung Sicherheitsstaat und entfernen uns von den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit. ◀

Die AutorInnen studieren Politikwissenschaft, Medizin und Soziale Arbeit in Wien.

Mehr Infos unter www.ueberwacht

DOSSIER

Ein schmaler Strich

**Sexarbeit als Balance-Akt zwischen
Prekariat und Selbstbestimmung**



Let's talk about Sex-ARBEIT

Das neue Wiener Prostitutionsgesetz wird im November diesen Jahres in Kraft treten. Es ändert die Bestimmungen zur Sexarbeit grundlegend. Ob es zu einer Verbesserung der momentanen Konflikte und Arbeitsbedingungen kommt, ist fraglich.

ASISA BUTOLLO

Szene: 7.9.2011, Felberstraße, 00:24. Das Outfit weist eindeutig auf die Tätigkeit hin. Abgesehen davon könnten die Frauen, welche sich am Grünstreifen und Gehsteig der Felberstraße anbieten, genauso Nachbarin oder Mitstudentin sein. Sie gehen derjenigen Tätigkeit nach, über die hinter vorgehaltener Hand oder in Männerunden gesprochen wird. Sexarbeit.

Sexarbeit ist Ländersache. Bis jetzt existiert kein einziges angemeldetes Bordell in Vorarlberg. Damit ist Sexarbeit in Xiberg komplett illegal. „Es“ passiert natürlich Nacht für Nacht, eine breite Grauzone liegt zwischen Gesetz und Realität. In Wien sind zumindest die Pflichten klar: Steuern zahlen, Sozialversicherung, Meldepflicht und die wöchentliche Gesundenuntersuchung, egal ob Escort, Domina oder Telefonsex. Auf der anderen Seite stehen die Frauen einer Situation der Rechtlosigkeit gegenüber.

Statistisch gesehen hat schon jeder dritte Mann für Liebesdienste bezahlt. Aber offiziell wird Prostitution als unmoralisch, lästig und sittenwidrig beurteilt. Das erschwert die konkrete Diskussion.

Der OGH (Oberster Gerichtshof) urteilte am 28.6.1989: „Da im Zusammenhang mit der Prostitution häufig Leichtsin, Unerfahrenheit, Triebhaftigkeit und Trun-

kenheit von Personen ausgenutzt werden, sind Verträge über die geschlechtliche Hingabe gegen Entgelt sittenwidrig.“ Das heißt konkret, SexarbeiterInnen haben kein Recht, für ihre Dienste bezahlt zu werden. Zwei Prostituierte versuchten in einem Prozess bis vor den OGH ihren Lohn einzuklagen. Erfolglos.

Probleme am Strich. In Wien hat sich die Situation rund um den Straßenstrich in den letzten Jahren zugespitzt. Durch die „Schutzonenregelung“, die SexarbeiterInnen verbietet, in 150 Metern um „schützenswerte“ Gebäude zu stehen, wurde der legale Platz immer enger und die Frauen standen immer gedrängter beieinander. Somit wuchs auch der Druck auf die AnrainerInnen. Nicht allein heißes Wasser wurde von einem Fenster auf Sexarbeiterinnen geschüttet. Die BürgerInneninitiative *Felberstrich* ging mit Fackeln auf die Straße, um die Frauen zu vertreiben. Diese Situation hat die Wiener Stadtpolitik dazu veranlasst, ein neues Gesetz zu verfassen. Zum Schutz der AnrainerInnen und der Frauen, wie es heißt. Am ersten November tritt es in Kraft. Doch was verändert sich an der momentanen Situation und welchen Trend setzen diese neuen Verordnungen?

Aus den Augen. Das Gesetz wendet sich in erster Linie an die sichtbare Prostitution auf der Straße. 2200 gemeldete Sexarbeiterinnen

und 70 Sexarbeiter gibt es in Wien. Die Dunkelziffer wird auf mindestens das Doppelte geschätzt. Am Straßenstrich arbeiten 150 Frauen, denen es ab 1. November untersagt ist, im Wohnbereich zu stehen. Die Vertreibung sei keine Lösung, sagt Christian Knappik, der Sprecher von *Sexworker.at*: „Das führt dazu, dass die Frauen wieder ins Auto der Freier einsteigen werden und dann sind sie in Gefahr. Wir hatten voriges Jahr Morde. Das war, weil die Frauen von ihren Plätzen vertrieben worden sind.“

Die NGO *Sexworker.at* hilft mit einem Forum von SexarbeiterInnen für SexarbeiterInnen. Von rechtlichen Tipps bis zu Warnungen vor gefährlichen Freiern, finden sich Themen, die für SexarbeiterInnen wichtig sind.

Quo vadis Straßenstrich? Auch der Stadtrand, wo sich vor allem AnrainerInnen des Straßenstrichs die Prostituierten hinwünschen, ist keine Option für die Frauen. Zu gefährlich, keine Infrastruktur und keine Möglichkeit, sich frei zu bewegen – alles gute Argumente gegen die Verbannung aus der Stadt.

Eine Steuerungsgruppe der Stadt Wien begleitet das Wiener Gesetz bis zur Einsetzung. Birgit Hebein nimmt für die Grünen daran teil. Sie beurteilt eine Vertreibung an den Stadtrand als „absolut unsicher und viel zu gefährlich. Es braucht Sicherheit, Erreichbarkeit, Helligkeit, In-

frastruktur und auch die Anonymität in der Menge“. Sie spricht mit den Frauen am Strich und schlägt explizit den Gürtel als im Gesetz verankerte Ausnahmezone vor. „Der Ort ist historisch gewachsen und deswegen eine gute Alternative.“ Ob die spezielle Erlaubniszone Gürtel bis November jedoch in das Gesetz miteingeflochten werden kann, ist fraglich.

Das Gesetz im Detail. Prostitutionslokale müssen ab November gemeldet werden. Dieser Punkt zielt auf die Verhinderung von Menschenhandel ab, weil zwielichtige Lokale somit besser unterbunden werden können. Die Polizei hat sogar Zutritt zu allen Lokalen und Wohnungen gefordert, in denen Prostitution vermutet wird. Dieser Punkt wurde von der Steuerungsgruppe allerdings verhindert.

Neuerungen gibt es auch beim Umgang mit Minderjährigen: Werden Minderjährige das erste Mal bei der Ausübung von Prostitution erwischt, müssen sie keine Geldstrafe zahlen, sondern werden zur Beratung beim Jugendwohlfahrtsträger gezwungen.

Weiters sollen Freier nunmehr bestraft werden, wenn sie außerhalb der erlaubten Zonen Kontakt mit SexarbeiterInnen aufnehmen. In Schweden zeigte sich, dass die Freierbestrafung jedoch wieder Frauen in uneinsichtige Gassen verdrängt und somit die Gefahr weiter steigt. Schließlich sind sie auf die Freieranbahnung finanziell angewiesen.

Auffallend bei der Arbeit der Steuerungsgruppe ist, dass keine SexarbeiterInnen selbst beteiligt sind. Selbstbestimmung wird zwar von vielen Seiten gefordert, und doch wird immer über sie – die „Prostituierten“ – gesprochen. Der schmutzige Ruf des Gewerbes macht es schwer, öffentlich als SexarbeiterIn aufzutreten. Auch die Frauen vom Felberstrich waren nicht für ein Interview bereit. ◀

Die Autorin studiert Psychologie.

KOMMENTAR DER REDAKTION

Sexarbeiterinnen sind oft Gewalt ausgesetzt. Es gibt Zuhälter, die nicht selten zu drastischen Mitteln greifen und sie mit Benzin übergießen und anzünden, wie ihr auf Seite 20 lesen könnt. Es gibt BürgerInneninitiativen, die sie mit heißem Wasser überschütten und mit Fackeln gegen sie auf die Straße ziehen, wie der Artikel oben erzählt. Es gibt Mord von transsexuellen SexarbeiterInnen, wie Seite 24 aus Istanbul berichtet. Wenn über Prostitution geredet wird, wird moralisiert – und kaum über die wenigen Rechte und die Arbeitsbedingungen gesprochen. Genau-

so wenig über ihren Facettenreichtum: Vom Straßenstrich reicht dieser weit bis zur Sexualbegleitung für Menschen mit Behinderung (S. 21) oder auch zur professionellen Domina mit Spielwiesen und Kostümen (S. 22).

Anlässlich der Gesetzesverschlimmerung unter einer Rot-Grünen (!) Stadtregierung in Wien wollen wir mit diesem Dossier gegen ein klischees Bild der Prostitution anschreiben. Denn Sexarbeit kann Lust und Schmerz, Bedrohung und Selbstermächtigung, Unterdrückung, aber genauso Selbstbestimmung bedeuten. *red* ◀

Die Stigmatisierung ist das größte Problem

Oft nicht anerkannt: Sexarbeit ist Erwerbsarbeit. *SOPHIE, Bildungsraum für Prostituierte*, steht Sexarbeiterinnen mit einem umfangreichen Beratungsangebot zur Seite. Im Interview mit **PROGRESS** spricht Eva van Rahden, Leiterin des Vereins, über die Probleme des Alltags von Sexarbeiterinnen.

PROGRESS: *SOPHIE ist ein Bildungsraum für Prostituierte und eine frauenspezifische Einrichtung der Volkshilfe Wien. Wer arbeitet für SOPHIE und wie sieht die alltägliche Arbeit aus?*

EVA VAN RAHDEN: *SOPHIE Bildungsraum ist eine niederschwellige Einrichtung für Sexarbeiterinnen. Wir bieten Sozialberatung für Frauen an, die in dem Bereich tätig sind oder waren. Das Besondere ist, dass diese Beratung im ersten Schritt an ihren Arbeitsplätzen ansetzt. Wir betreiben also aufsuchende Sozialarbeit, wobei wir in der Regel die Frauen in ihrer Muttersprache ansprechen, um leichter eine Vertrauensbasis aufbauen zu können. Zu dieser aufsuchenden Arbeit gehört, dass wir Kondome und Gleitgel verteilen, als sichtbares Zeichen, dass wir ihre Arbeit akzeptieren. Darüberhinaus bietet das eine gute Gelegenheit, um mit den Frauen über „Safer Sex“ zu sprechen.*

Häufig treten Frauen mit Fragestellungen an uns heran, die in diesem „Setting“ nicht zu besprechen sind. Wir geben den Frauen dann unseren neunsprachigen Folder und fordern sie auf, einen Termin auszumachen.

Die Mitarbeiterinnen bei *SOPHIE* haben in der Regel eine Ausbildung zur Sozialarbeiterin oder verfügen über den „Peergruppenansatz“ – Erfahrung über Sexarbeit. Das sind oft Frauen, die selbst Migrationshintergrund haben, denn ein weiteres wichtiges Kriterium sind die Sprachkompetenzen.

SOPHIE zieht den Begriff der Sexarbeiterin dem der Prostituierten vor. Aus welchen Gründen betont die Einrichtung diese Differenzierung?

Grundsätzlich ist der Begriff Sexarbeit der politischere Begriff, weil er zum Ausdruck bringt, dass sexuelle Dienstleistungen als Erwerbstätigkeit anzuerkennen sind. Was in Österreich zurzeit nicht der Fall ist. Daher ist es für uns wichtig, darauf hinzuweisen, dass Prostitution in Österreich erlaubt ist, die Gleichstel-

lung gegenüber anderen Erwerbstätigkeiten aber oft erschwert wird.

Warum hat SOPHIE sich einen frauenspezifischen Schwerpunkt gesetzt?

Wie Prostitution im Moment in Österreich stattfindet, ist auch ein Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse. Wir leben nicht in einer gleichberechtigten, sondern einer Gesellschaft mit patriarchalen Zügen. Sexuelle Dienstleistungen werden hauptsächlich von Männern nachgefragt und die Anbieterinnen sind hauptsächlich Frauen.

Es war uns wichtig, für diese Gruppe von Frauen ein spezifisches Angebot zu schaffen. Während der Öffnungszeiten ist *SOPHIE* ein Frauenraum, das heißt Männer haben keinen Zugang zu unserer Einrichtung. Dadurch bieten wir einen Schutzraum für Frauen.

Was wollt ihr mit eurer Arbeit bewirken?

Das Ziel unseres Konzepts ist die Verbesserung von Lebens- und Arbeitsbedingungen von Sexarbeiterinnen. Neben dem Schwerpunkt der aufsuchenden Arbeit und der Sozialberatung, steht auch die Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen im Blickfeld von *SOPHIE*. Wir nehmen an Arbeitsgruppen zum Thema Prostitution auf verschiedenen Ebenen teil. Solange sich die Gewerkschaften in Österreich nicht als Vertretung für Sexarbeiterinnen zuständig fühlen, hat *SOPHIE* eine Vertretungsfunktion im Interesse der Sexarbeiterinnen.

Macht Streetwork den Großteil der Kommunikation mit Sexarbeiterinnen aus oder gibt es weitere spezielle Angebote, um Sexarbeiterinnen anzusprechen?

Ein Großteil der Frauen findet über eine Kollegin oder eine Freundin zu uns. Mundpropaganda und Zufriedenheit mit unserer Arbeit sind effektive Türöffner. Die wichtigsten Instrumente sind immer noch die

anonyme, kostenlose und muttersprachliche Beratung sowie dass sich in der Szene herumgesprochen hat, dass wir eine Einrichtung sind, innerhalb der sie offen über ihre Arbeit reden können.

Setzt sich eine Sexarbeiterin einem höheren Sicherheitsrisiko aus als z.B. eine Kellnerin?



Nein. Ich denke, das größte Problem bei sexuellen Dienstleistungen ist die gesellschaftliche Stigmatisierung, der Sexarbeiterinnen ausgesetzt sind. Der Sicherheitsaspekt ist sicher ein wichtiger. Wenn sich eine Frau intensiv damit beschäftigt, sich einschulen lässt und sich von Kolleginnen Tipps holt, ist es relativ sicher, in dem Bereich zu arbeiten.

Ein Großteil Ihrer Klientinnen sind Migrantinnen. Warum arbeiten überproportional viele Frauen mit Migrationshintergrund in der Prostitution?

Eine große Gruppe von Frauen sind Migrantinnen aus den neuen EU-Ländern. Viele von ihnen hatten, als sie nach Österreich kamen, keinen Arbeitsmarktzugang, sodass das

für sie ein Grund war, als „Selbstständige“ in der Prostitution tätig zu werden. Wir machen aber auch die Erfahrung, dass der „Umstieg“, also der Wunsch, in einem anderen Arbeitsbereich tätig zu sein, bei ungefähr einem Drittel der Frauen, die zu uns kommen, ein Thema ist. Es gibt viele Barrieren, in den ersten Arbeitsmarkt einzusteigen, etwa mangelnde

Sprachkenntnisse oder Ausbildung. Daher schließen viele Frauen, die sich ernsthaft für den Umstiegsprozess entscheiden, zuerst Schulungsmaßnahmen ab, bevor sie in den ersten Arbeitsmarkt einsteigen.

Ein weiteres Problem ist, dass selbstständig tätige Frauen keine Ansprüche auf monetäre Unterstützung vom Arbeitsmarktservice haben. Viele Frauen haben in der Zeit der Umschulung kein Einkommen. Da sie jedoch verpflichtet sind, Unterhalt für ihre minderjährigen Kinder zu leisten, arbeiten die meisten Frauen während des Umschulungsprozesses als Sexarbeiterinnen weiter.

Das Interview führte Marlene Brüggemann.

Verbrannt wegen Sexarbeit

Besonders brutal zeigten sich die Machtverhältnisse im Bereich Sexarbeit im März diesen Jahres: Ein Zuhälter übergoss eine 35jährige Sexarbeiterin in Amsterdam mit Benzin und zündete sie an. Sie hatte sich zuvor geweigert, ihm Schutzgeld zu bezahlen. 13 Prozent ihrer Körperfläche verbrannten. „Ich wollte ihr nur Angst machen“, sagte der 30jährige. Die Anklage lautete nicht auf versuchten Mord, obwohl die Frau lebensgefährliche Verletzungen erlitten hatte. Der Täter wurde zu 20 Jahren Haft verurteilt.

Stern

Escorts

Nach dem Wiener Prostitutionsgesetz müssen sich alle jene die in diesem Gewerbe arbeiten wollen registrieren lassen. In Wien sind 2200 Sexarbeiterinnen und 70 Sexarbeiter gemeldet – die reale Zahl dürfte weitaus höher liegen -. Die Zahl der männlichen Sexarbeiter, die besonders oft als Escorts arbeiten, könnte sogar ein Vielfaches betragen. Das größte deutschsprachige Chat- und Kontaktportal für schwule, bi- und transsexuelle Männer verzeichnet alleine für die Stadt Wien 337 männliche Escorts, österreichweit sind es 444.

g

Normverschiebung

Von Tempelprostitution über Maitressen bis zu Callgirls: Die Formel Sex für Geld ist ein geographisch wie chronologisch weitreichendes Phänomen, das sich nicht erst in den letzten Jahren entwickelt hat. Selten wird aber die Frage gestellt, welche gesellschaftlichen Zuschreibungen damit verbunden werden. Der französische Philosoph Michel Foucault beschäftigte sich in seinen Studien lange Zeit mit Sexualität und ihrer Tabuisierung. Er untersuchte die mit ihr verbundenen Normvorstellungen, aber auch die Möglichkeiten zu Emanzipation und Normverschiebungen.

Stern

„Ein Hurenfilm“

„Whore's Glory“ ist das neueste Werk des österreichischen Regisseurs Michael Glawogger und läuft derzeit in den österreichischen Kinos. Der Film begibt sich auf die Spur von Sexarbeiterinnen in Indien, Thailand und Mexiko. Glawogger deutete in einem Interview an, dass er in der Tradition der Dokumentationen von Arbeit und Arbeitswelten, wie sie in den Vorgängerfilmen „Workingman's Death“ und „Megacities“ verhandelt werden, verstanden werden kann. Denn er porträtiert auch hier das Arbeitsumfeld und die Ausübung eines Berufes: Sexarbeit.

Stern

Tabus

„Stricher“, also Sexarbeiter, kommen in den Medien nahezu gar nicht vor – geschweige denn Sexualitäten abseits des SpießbürgerInnentums. Eine Tabuisierung, auch in Foucaults Sinne. Simone de Beauvoir schrieb bereits 1949 in „Das andere Geschlecht“: „Der Körper der Frau ist ein käufliches Objekt. Für sie stellt er ein Kapital dar, das sie verwerten darf.“ Diese Aussage traf sie in Bezug auf die Ehe – und hätte damit heute für (Geschlechter-)Beziehungen wohl immer noch seine Gültigkeit.

Stern

Sexarbeit oder Prostitution?

Prostitution geht auf den lateinischen Ursprung des Wortes prostituere zurück, welcher mitunter „zur Schau stellen“ bedeutet. Sie ist damit passiv definiert und beschreibt ein Objekt. Insbesondere im Kontext von feministischer Kritik wird die Besetzung von Frauen als passiv – und damit in der Opferrolle – problematisiert. Denn dadurch wird die Handlungsfähigkeit von Frauen verneint und Selbstbestimmung unmöglich gemacht. Gleichzeitig markiert eben diese immanente Passivität des Wortes „Prostitution“ eine reale Diskriminierung, die das Wort „Sexarbeit“ nicht betont. Sie deutet eher auf die ökonomische Sichtweise der Erwerbsarbeit hin. Was beiden Begriffen gemein ist: Sie drücken Herrschaftsverhältnisse aus.

Stern

Sex außerhalb des Kästchens

Sexuelle Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen sind immer noch ein Thema, das gerne verschwiegen wird. Doris Krottmayer von der Fachstelle *Hautnah*, des Instituts *Alpha Nova**, spricht im Interview mit **PROGRESS** über dieses Schweigen sowie über SexualbegleiterInnen und deren Arbeit.

PROGRESS: Sie haben 2008 einen in Österreich bisher einzigartigen Ausbildungslehrgang für SexualbegleiterInnen für Menschen mit Behinderungen gestartet. Was waren Ihre Beweggründe?

DORIS KROTTMAYER: Ein Beweggrund war sicher, einen Beitrag zur Enttabuisierung des Themas „Sexualität und Behinderung“ zu leisten, weil wir in der jahrelangen Beratungserfahrung gesehen haben, wie schwer es Frauen und Männer mit Behinderung haben, auf ihre sexuell-erotischen Bedürfnisse aufmerksam zu machen und diese auch zufriedenzustellen. Und für uns noch viel wichtiger: Es hat aufgrund der großen gesellschaftlichen Barrieren und der Ergebnisse unserer Diskussionen einfach ausgebildete SexualbegleiterInnen für behinderte Menschen gebraucht.

Können Sie ein bisschen über den Prozess erzählen, der schließlich zu diesem Ausbildungslehrgang geführt hat? Angefangen hat alles Mitte der 1990er. Immer konkreter in Richtung Ausbildungslehrgang und Sexualbegleitung, wurde es ab 2004. Wichtig war uns, dass die Betroffenen – Menschen mit Behinderungen – miteingebunden werden. Zunächst ging es um ganz einfache Wünsche, wie einen Schlüssel für das eigene Zimmer zu bekommen. Das hat sich dann immer mehr weiterentwickelt, bis schließlich ein klares Bild der Sexualbegleitung dastand. Dabei hat uns auch überrascht, dass die Vorstellungen von den Männern und Frauen in den Gruppen gar nicht so unterschiedlich waren.

Mit unterschiedlichen Vorstellungen meinen Sie Bedürfnisse?

Genau, das war spannend für uns. Wir sind da auch offenbar einem Klischee aufgesessen, das für die-

se Gruppe so nicht zutreffend ist. Wir haben gedacht, dass es bei den Männern ganz schnell um das Ausleben von Sexualität geht und dass die Frauen eher zurückhaltender sein werden. Dem war aber nicht so. Frauen wie Männer wollen viel Zeit haben um sich kennen zu lernen, um Vertrauen aufzubauen. Der Wunsch Sexualität in den eigenen Räumlichkeiten zu erleben war da, der Wunsch nach Zärtlichkeit, danach, gehalten zu werden, nach knisternden erotischen Aspekten im eigenen Leben. Und das alles auch in der Sexualbegleitung.

Wie geht das Umfeld, also Eltern oder BetreuerInnen, mit der Sexualität von Menschen mit Behinderungen um?

Sehr unterschiedlich. Eltern wollen sicher das Beste für Ihre Kinder, aber viele haben eben noch eine andere Zeit miterlebt, wo mit behinderten Menschen ganz anders umgegangen wurde. Sie wurden ein Leben lang geschützt wie Kinder. Vereinzelt gab es welche, die gesagt haben: „Ja um Gottes Willen, was passiert, wenn wir das (Sexualität erleben) jetzt zulassen?“ „Man darf doch keine schlafenden Hunde wecken!“ Dann wurde halt einfach gesagt: „Na des geht ned!“ oder bestenfalls „Gehst in dein Zimmer!“. Das führt natürlich dazu, dass die Menschen auf sich aufmerksam machen und zum Beispiel öffentlich onanieren. Da hat sich aber mittlerweile auch viel verändert. Viele Eltern sind froh über die Unterstützung, die ihre Söhne und Töchter in der Entwicklung ihrer Sexualität bekommen können.

Ihre Fachstelle bietet ja nicht nur den Fortbildungslehrgang an. Seit einiger Zeit ermöglicht Ihr Projekt „Libida“ Menschen mit Behinderungen, Sexualbegleitung in Anspruch zu nehmen. Wie kann ich mir das vorstellen?

Entweder die SexualbegleiterInnen kommen zu den KundInnen oder umgekehrt, es gibt bei uns auch sechsmal im Jahr Erotikworkshops. Aber egal, wo das stattfindet, es geht dabei immer darum, erotische, intime Momente mit den KundInnen zu erleben. Ganz wichtig ist es mir zu sagen, dass Geschlechts- oder Oralverkehr dabei aus gesetzlichen Gründen ausgeschlossen ist. Ein großer Unterschied zur herkömmlichen Prostitution ist außerdem, dass dort meist ein Körper oder ein fertiges Programm angeboten wird. In der Sexualbegleitung wird ein Prozess angeboten. Die beiden Menschen vereinbaren, dass sie eine Begegnung haben, die sie miteinander gestalten. Die KundInnen haben auch nicht das Recht zu sagen: „Ich zahle und du machst das jetzt“ – egal was es ist. Es geht einfach darum, ein schönes Erlebnis zu haben und es muss für beide passen.

Wie gehen die SexualbegleiterInnen damit um, wenn es trotzdem den Wunsch nach Geschlechts- oder Oralverkehr gibt? Kommt das vor?

Ja. Aber nicht so häufig, wie wir gedacht haben. Es gibt auch Situationen, in denen sich SexualbegleiterInnen ganz klar abgrenzen müssen. Es gibt da sehr individuelle Lösungen.

Obwohl wir das ganz am Anfang wollten, bin ich mittlerweile sehr froh, dass wir Geschlechts- und Oralverkehr nicht in die Sexualbegleitung miteinbezogen haben. Aus verschiedenen Gründen. Aber auch weil das Kästchen, das definiert, was Sex in unserer Gesellschaft bedeutet, schon sehr klein geworden ist. Am besten sieht man das in den Medien, der Werbung oder in Pornos. Damit sind natürlich auch Menschen mit Behinderungen konfrontiert. Mit der Libida-Sexualbegleitung haben

wir einen Raum aufgemacht, wo es das einfach nicht gibt. Das ist etwas vollkommen anderes für die Leute. Hätten wir Geschlechtsverkehr miteinbezogen, dann würden die Leute natürlich auch genau das haben wollen, was sie im Fernsehen sehen. Und das ist nicht das, was wir ihnen vermitteln möchten. So haben sie die Möglichkeit, zu erfahren, dass Sexualität viel mehr ist als nur Geschlechtsverkehr, nämlich eine nährende, berührende und befriedigende Begegnung.

Passiert es auch, dass sich jemand in eineN SexualbegleiterIn verliebt?

Ja natürlich. Das passiert immer wieder.

Wie wird damit umgegangen?

Das gehört dazu, das darf natürlich auch sein. Die begleitenden Beratungen zur Sexualbegleitung können das in der Regel aber auch sehr gut abfangen. Dabei ist es natürlich auch schon vorgekommen, dass sich SexualbegleiterInnen von KundInnen zurückziehen mussten.

Derzeit arbeiten SexualbegleiterInnen in einem gesetzlichen Graubereich. Sehen Sie Änderungsbedarf?

Ich würde mir grundsätzlich wünschen, dass es eine passende gesetzliche Grundlage für die Sexualbegleitung gibt. Das heißt für mich aber nicht, dass es das Prostitutionsgesetz ist. Viele SexualbegleiterInnen werden damit auch nicht gern in Kontakt gebracht. Vielleicht wäre im Sozialbetreuungsberufegesetz Platz dafür.

Das Interview führte Georg Sattelberger.

**Institut für die Betreuung von behinderten Menschen und Fortbildungseinrichtung für BehindertenpädagogInnen und -betreuerInnen.*

Knebeln gegen Knete

Leute verprügeln und dafür fett abkassieren? Diese Jobbeschreibung scheint auf den ersten Blick einfach und verlockend. Doch hinter dem Beruf der professionellen Domina steckt mehr als bloß Schläge gegen Geld zu tauschen.

DORIAN FUCHS

Madame Queens Arbeitsplatz liegt in einem schönen, grünen Wiener Außenbezirk. Von dort kann sie auch gut den Reitstall erreichen, in dem sie ihr Pferd untergestellt hat. Auf ein Bild von ihrem „Rüpel“ bei einem Turnier ist sie besonders stolz.

Während sie durch ihre Arbeitsräumlichkeiten führt, erklärt Madame Queen, wie und wozu sie die Inneneinrichtung nützen kann: Hier ein Käfig, da eine Streck- und Folterbank, dort ein Gynäkologiestuhl und daneben ein Bock mit Reitsattel darauf. Madame Queen ist eine professionelle Domina, die ihr Handwerk versteht. Die Einrichtung wurde ihren Vorstellungen entsprechend angefertigt und kann daher vielseitig genutzt werden: „Ein Domina-thron, auf dem ich nur meinen Allerwertesten parken kann, hat bei mir keine Verwendung.“

Ihr Studio besteht aus verschiedenen Räumen, damit mehrere Gäs-

te gleichzeitig in den Genuss der extravaganten Dienste kommen können. Neben Madame Queen arbeiten hier noch weitere Frauen, teilweise als herrscherische Dominas, teilweise in unterwürfig-devoten Rollen als Zofen oder Sklavinnen. Der Unterschied liege aus Sicht der Arbeiterin in der Belastbarkeit, erklärt Madame Queen. Während die Zofe in ihrer Rolle Dienerin, aber auch Gespielin ihres Herrn ist, machen dominante Gäste mit den professionellen Sklavinnen all das, was auch Madame Queen mit ihren devoten Gästen macht: schlagen, auspeitschen, Klammern anlegen, fesseln. Madame Queen selbst ist eine „unberührbare Domina“. Einzig ihre Füße dürfen die Gäste verwöhnen.

Vor zwölf Jahren beschloss Madame Queen den Berufsweg der Domina einzuschlagen. Sie ging nach Deutschland und besuchte Seminare zur Ausbildung als professionelle Domina. „Wenn ich etwas mache, dann richtig“, sagt sie. Heute bietet sie selbst solche Seminare an.

Die wichtigste Eigenschaft einer Domina sei Einfühlungsvermögen: „Es nützt die ganze Technik nichts, wenn du nicht weißt, wann du sie einsetzen kannst.“

Atelier der anderen Art. Das *Atelier Mystique*, etwas auswärts des Wiener Gürtels gelegen, versucht seinem Namen stilvoll gerecht zu werden. Gleich beim Eingang steht eine schwarze Schaufensterpuppe, deren blanker Rumpf mit einem eleganten Bondage, einer Fesselung, verziert ist. Am Kopf trägt die Puppe einen winzigen Hut mit Netz und Feder und ihre Plastikbrüste sind mit Wachs beträufelt. An den Wänden des BDSM-Spielraums stehen von hinten beleuchtete Glaskästen gefüllt mit Spielzeug. An den Wänden hängen Masken, Knebel und Peitschen und in einem Metalleimer findet sich neben Gerten und Rohrstöcken auch ein Teppichklopfer. Ein Stahlgerüst, wie es beim Bühnenaufbau zum Einsatz kommt, zieht sich quer über die Decke. Da-

ran könnte man ein Auto aufhängen – hier dient es dazu, Menschen während erotischer Fesselspiele frei schweben zu lassen.

Esther und Lady Katarina haben die Räumlichkeiten des *Atelier Mystique* seit 2007 gemietet. „Niemand wollte es, wegen des großen Kellers. Wir haben den Keller gesehen und gesagt, genau deshalb wollen wir es haben.“ In dem unverputzten Keller gewölbe gibt es sogar ein eigenes Verlies, weitere Spielmöglichkeiten und eine große Leerfläche. Im Moment ist diese allerdings mit Foto- und Videoequipment vollgeräumt. Aus den eigenen Produktionen sowie aus der Vermietung des Ateliers bestreiten Esther und Katarina auch ihr Haupteinkommen. Als Profis in der kommerziellen BDSM-Szene sind die beiden nur mehr nebenbei tätig.

Wider die guten Sitten. Die Arbeit von professionellen Dominas fällt in Österreich für die Behörden unter das Prostitutionsgesetz. Dieses sieht Prostitution als „Duldung sexueller Handlungen am eigenen Körper oder die Vornahme sexueller Handlungen, soweit Gewerbmäßigkeit vorliegt“. Eine sexuelle Handlung ist zwar nicht klar definiert, aber weiter gefasst als bloße Penetration, weshalb sie auch in Domina-Studios stattfindet.

Das *Atelier Mystique* beispielsweise ist kein professionelles Domina-Studio im klassischen Sinne. Wenn es um die Vermietung der Räumlichkeiten geht, ist es jedoch auch von den gesetzlichen Neuerungen betroffen, die mit 1. November in Kraft treten (siehe Seite 18). Die professionelle Sklavin Annika-Sue aus Berlin kam bisher einmal im Monat ins Atelier, um hier ihre Termine abzuhalten. Das wird nun nicht mehr möglich sein, weil



Fortsetzung auf der nächsten Seite >

die neue gesetzliche Regelung einen Mischbetrieb, also Vermietung an Personen, die geschlechtliche Handlungen im Sinn des Prostitutionsgesetzes anbieten einerseits und die Nutzung als Foto-Video-Party-Location andererseits, nicht mehr zulässt. „Dies ist zwar schade“, sagen Esther und Katarina, „aber wir haben uns für die zweite Variante entschieden“. Generell halten die beiden das neue Gesetz für einen Schritt in die falsche Richtung: Statt die Arbeit der Sexarbeiterinnen endlich aus der Sittenwidrigkeit zu holen, wird in Wien die Straßenprostitution ins Outback verlegt, wo es weder Infrastruktur noch „gesellschaftlichen Schutz“ für die Frauen gibt. „Das ist sicherlich einer der größten Fehler, den man in diesem Bereich machen kann“, sagt Esther.

Generell ist die rechtliche Situation in Bezug auf BDSM in Österreich ein Graubereich. So kann eine Person prinzipiell einer Verletzung am eigenen Körper zustimmen, diese darf allerdings nicht „sittenwidrig“ sein. Und das ist „ein dehnbare Begriff“, weiß Rechtsanwalt Georg Bürstmayr. „Eine bleibende Verletzung ist aber in jedem Fall ein Problem und es gibt Grenzen, da kann man nicht wirksam einwilligen“, betont er.

Trans mit Deckel. Esther lebt seit ihrer Brust-OP Anfang der 1990er-Jahre gesellschaftlich voll in ihrer weiblichen Identität. Früher war sie selbst Kunde in Domina-Studios, fast immer als Transvestit. Deshalb wurde sie von einer Domina gefragt, ob sie nicht als TV-Zofe in ihrem Studio aushelfen wolle. Als die Sicherheitsbehörden Probleme machten, holte sich Esther kurzerhand die Kontrollkarte und war wohl die erste Transsexuelle mit „Deckel“, der amtlichen Kontrollkarte, in Wien. Nach den Beschlüssen des Verwaltungsgerichtshof im Jahr 2009 bekam Esther ihren Personenstand als weiblich eingetragen, obwohl sie keine geschlechtsanpassende Operation vollzogen hat.²

Lady Katarina bemerkte schon während der Pubertät ihre Neigung zu BDSM. Um diese Ausleben zu können, ohne ihre damalige Beziehung zu gefährden, begann sie in einem Domina-Studio zu arbeiten. Heute ist BDSM ein wichtiger Teil

ihres Lebens und es gibt keine scharfe Trennung zwischen ihrem Privatleben und ihren Studiotätigkeiten. „Ich hänge nicht am Abend mein Domina-Kostüm an den Nagel.“

Kleiderschrank voller Phantasie.

In manchen Punkten ähneln sich die Sessions bei Madame Queen, Esther und Lady Katarina. So gibt es bei allen dreien ein Vorgespräch, in dem sie sich an die Wünsche und Phantasien ihres Gastes herantasten. Danach zieht sich Madame Queen entsprechend des erbetenen Rollenspiels um. Ihr Kleiderschrank füllt fast ihre ganze Garage. Ob strenge Lehrerin, Gefängniswärterin, Klosterschwester oder Lack- und Lederherrin – Madame Queen ist für alle Phantasien gerüstet. Die Session beginnt, wenn sie wieder den Raum betritt und dauert genau eine Stunde. 240 Euro kostet das. In einem Nachgespräch erkundigt sie sich, ob sie den Vorstellungen gerecht wurde. Insgesamt benötigt sie für eine Session also etwa zwei Stunden, mehr als drei pro Tag seien anstrengend. Ein Großteil ihrer Gäste komme regelmäßig, viele hätten „perfekt funktionierende Beziehungen“, in denen sie aber ihre sadomasochistischen Neigungen nicht ausleben können. Ihre Studio-Tätigkeit ist für Madame Queen ein Job, den sie gut und vor allem gerne macht.

„Kein Peitsch-In“. Ausführliche Vor- und auch Nachgespräche sind für Lady Katarina eine Selbstver-

ständlichkeit – um den anderen Menschen und seine Phantasien genauer kennenlernen zu können. Gefühl und Einfühlungsvermögen seien wichtige Eigenschaften einer guten Domina und entscheidend für eine gelungene und befriedigende Session. Die kann statt der vereinbarten Stunde durchaus auch weitere 30 Minuten dauern – ohne Aufpreis. „Man sollte sich schon genug Zeit nehmen“, fügt Esther hinzu, „wir sind ja kein Peitsch-In, wo man mit dem Auto hinfährt, den Arsch zum Fenster raushält und sich seine 20 Schläge abholt.“

Studium und Peitsche. Nina, die bald mit ihrem Lehramtsstudium fertig wird, hat gerade angefangen, in einem Domina-Studio zu arbeiten. Davor hat sie einige Zeit als Escort-Girl und Escort-Domina gearbeitet. Eine Agentur vermittelte den Kontakt und streifte sich dafür bis zur Hälfte ihres Verdienstes ein. Von 120 Euro pro Stunde blieben dann nur 60 Euro übrig, für Domnadienste lag der Preis bei 180 Euro. Dennoch merkte Nina, wie sich ihr Bezug zu Geld veränderte. „Ich habe mir selbst gesagt, dieses Geld immer nur für Luxus auszugeben. Davon abhängig zu sein, stelle ich mir sehr ungesund vor.“ Nina hatte keine Kontrollkarte, achtete aber sehr auf Hygiene und Safer-Sex. Naturfranzösisch, also Oralsex ohne Gumi, wie es einmal ein Kunde von ihr wünschte, verweigert sie strikt. Als Escort musste Nina sehr flexibel sein. Wenn das Telefon klingel-

te, fand der Termin meist noch am selben Tag statt.

Nina erinnert sich noch an ihren ersten submissiven, also unterwürfigen, Kunden. Er bestellte sie in sein Büro, dort führte sie ihn als Hund umher, fesselte und knebelte ihn und penetrierte ihn schließlich anal. Die Agentur organisierte zwar den Transport zu ihren Kunden, stellte sonst aber keinerlei Schutz zur Verfügung. „Als ich von Kolleginnen Horrorgeschichten über K.O.-Tropfen hörte, habe ich beschlossen, lieber in einem Studio zu arbeiten.“

Mehr Rechte. Auch der Rechtsanwalt Bürstmayr fordert mehr Rechte für Sexarbeiterinnen. „Ich hätte gerne eine Gesellschaft, in der Sexarbeit möglich ist, aber von autonomen Individuen gemacht wird, die die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit selbst gestalten können.“ Die Anerkennung der Tätigkeit als eigenständiger Beruf wäre ein erster Schritt. ◀

Der Autor studiert Wissenschaftstheorie in Wien.

¹ *BDSM steht für Bondage & Discipline, Dominance & Submission and Sadism & Masochism.*

² *Davor musste für eine Änderung des Personenstands auch eine „geschlechtsanpassende“ Operation als Beweis für den Geschlechtswechsel vollzogen werden.*



„Ich bin eine Frau und möchte als Frau sterben“

Transsexuelle Sexarbeit in Istanbul ist ein hochriskanter Beruf. In der Türkei wurden 2011 bereits 14 Sexarbeiterinnen aufgrund ihrer transsexuellen Identität ermordet. Gleichzeitig ist ihre Arbeit begehrt wie nie zuvor.

MARKUS WACHTER

Das Nachtleben im Istanbuler Stadtteil Taksim ist legendär. Hunderte Bars und Klubs befinden sich hier neben Nobelboutiquen, feinen Hotels und Restaurants. Tausende TouristInnen und wohlhabende EinwohnerInnen Istanbuls bummeln Tag und Nacht durch die Gassen und die berühmte Istiklal-Straße. Der Alkohol fließt in Strömen. Doch keine hundert Meter von der Flaniermeile taucht man in eine andere Welt.

Der Stadtteil Tarlabaschi wird hauptsächlich von KurdInnen und Roma bewohnt. Wäscheleinen sind über die Straßen gespannt, auf den Stiegen der Hauseingänge sitzen Frauen in traditionellen Kleidern und besprechen den Tag. In den Teehäusern vergnügen sich ihre Männer beim Tavla, dem türkischen Backgammon. Die Häuser sind baufällig. Kinder spielen auf den Straßen. Armut, soziale Probleme und Ausgrenzung sind augenfällig.

Getrennt werden die beiden Welten durch eine riesige Polizeistation und den Tarlabaschi-Boulevard. Auf diesem spielt sich ein Großteil der transsexuellen Sexarbeit in Istanbul ab. Die Frauen warten auf der Straße oder in so genannten „Birahanesi“ (Bierhäusern) auf ihre Freier. Anfeindungen und körperliche Übergriffe sind Teil des Alltags. Evren, Aktivist von LGBTTT* Istanbul, schätzt die Zahl der transsexuellen Sexarbeiterinnen alleine in Istanbul auf 2000 bis 3000 (Vergleich Ankara: ca. 700). Sie haben einen gefährlichen Job.

Mord in der Familie. Gewalterfahrungen haben diese Frauen alle gemacht. Sie werden auf der Straße bespuckt, beschimpft, geschlagen. Der Wunsch, kein Mann zu sein, stößt auf wenig Akzeptanz. Vielmehr wird Transsexualität von Männern häufig als Angriff auf die eigene Männlichkeit betrachtet; und so stellt bereits ihre Existenz für viele eine „Provokation“ dar. Dies gilt auch innerhalb der Familie. Allein im laufenden Jahr wurden landesweit bereits 14 Menschen aufgrund ihrer transsexuellen Identität ermordet, etwa die Hälfte von Mitgliedern der eigenen Familie. Die anderen Opfer wurden von Freiern umgebracht. Diese Zahlen beruhen auf Schätzungen, denn nur wenige dieser Morde werden jemals aufgeklärt.

Die Kunden kommen aus allen Alters- und Gesellschaftsschichten. Jene, die zu Mördern werden, sind aber meist junge Männer. Bei ihnen scheint die Neigung zur Gewalt tendenziell

größer zu sein als bei älteren. Das erzählt auch Gürcan, die nach 30 Jahren im Geschäft viel Erfahrung mitbringt: „Junge Kunden nehme ich nicht, da gibt es noch mehr Probleme als mit den älteren. Wenn es ums Zahlen geht, sagen sie: Ich dachte, du bist eine Frau. Das verwenden sie als Ausrede und wenn du dann auf die Bezahlung beharrst, werden sie aggressiv.“

Die Gewaltakte gegen ihre Kolleginnen erschüttern auch Yesim. Sie ist 28 Jahre alt und lebt seit drei Jahren als Frau. Seither arbeitet sie auf der Küstenstraße auf der asiatischen Seite Istanbuls. „Vor der Arbeit habe ich schon Angst, aber ich trinke davor ein paar Flaschen Bier, dann geht es. Wenn ich aber keinen Alkohol getrunken habe, fürchte ich mich die ganze Nacht.“ Doch es sind nicht nur die Morde, die ihr Angst machen: „Ich und meine Kolleginnen werden oft geschlagen. Eine wurde unlängst ausgeraubt. Der Freier hat ihr alles abgenommen: Telefon, Schmuck, Geld. Das passiert häufig.“

Auf die Frage, warum sie die Arbeit trotz der Gefahren machen, schütteln sie nur den Kopf und lächeln sanft. „Es gibt keine andere Arbeit für uns. Niemand würde uns anstellen“, sagt Gürcan. Das bestätigt auch Evren, der im Zuge seiner Tätigkeit für LGBTTT viele Transsexuelle kennengelernt hat: „Es gibt kaum eine andere Chance. Ich kenne nur sehr wenige, die etwas anderes gefunden haben.“ Transsexuelle finden in der Türkei fast ausschließlich in der Sexarbeit ein Einkommen, was bedeutet, dass beinahe alle transsexuellen Menschen früher oder später auf der Straße oder im Bordell landen.

Ohne Schutz. Die Frauen finden ihre Freier im Wesentlichen über drei Kanäle: auf der Straße, in den Bordellen und über das Internet. „So lange du in einem Bordell arbeitest, gibt es Gesetze, du hast Schutz, da passiert dir nichts. Aber wenn du auf der Straße bist, läuft das anders.“ Yesim würde am liebsten in einer eigenen Wohnung arbeiten und die Kunden über das Internet finden, aber selbst eine Wohnung zu mieten, ist sehr schwierig. „Die VermieterInnen wollen keine Transsexuellen. Deshalb muss ich auf die Straße.“

Eine weitere Gefahrenquelle für die Frauen ist die Polizei. „Noch vor zehn Jahren hat es einen Polizisten gegeben, der hat jeden Tag Transsexuelle, AfrikanerInnen und andere Menschen einfach eingesammelt und oft eine Woche lang gefangen gehalten. Einfach so, ohne Anklage. Das passiert heute nicht mehr“, erzählt Gürcan. Auch die körperlichen Angriffe und die Schläge von Seiten der Polizei seien weniger geworden. Dafür würden sie heute Geldstrafen verhängen wegen „Störung der öffentlichen Ordnung“. Dabei ist Prostitution in der Türkei legal. Doch um weitere Probleme zu vermeiden, bezahlen die Frauen. Yesim selbst hat im letzten Jahr rund 20 Mal ein solches Strafmandat in der Höhe von 75 Türkischen Lira (rund 30 Euro) bekommen. Das durchschnittliche Einkommen der Frauen pro Nacht: 75 bis 100 Lira.

Glück trotz Unglück. Gürcan und Yesim beschreiben ihr Leben als „sehr schwer“. „Wir haben es noch schwerer als die Homosexuellen hier. Die werden auch angegriffen, geschlagen und ermordet, aber man kann sie nicht auf den ersten Blick erkennen“, sagt Yesim. Trotzdem haben die beiden auch „Glück“, wie sie selbst sagen. Ihre Familien stehen hinter ihnen und halten zu ihnen. Yesim hat ihre Mutter so sehr vermisst, dass sie unlängst für einige Monate in ihre konservative Heimatstadt Kayseri zurückging. Sie musste ihre Silikonbrüste wieder entfernen und sich die Haare schneiden. „Und plötzlich war ich wieder Emre. Die Nachbarn dürfen das nicht wissen, sonst bekommen meine Eltern Probleme.“

Trotz aller Gefahren und Probleme sind beide sicher, sie würden es wieder genau so machen. Die 52-jährige Gürcan sagt: „Ich wollte schon als Kind ein Mädchen sein. Und das Beste, was ich im Leben gemacht habe, war eine Frau zu werden. Ich bin eine Frau und möchte als Frau sterben.“

* Lesbian, Gay Bisexual, Transgender, Travestie.

www.istanbul-lgbt.org, www.kaosgl.com

Der Autor, Markus Wachter, 35, lebt seit fünf Monaten in Istanbul und arbeitet als freier Journalist. Er beschäftigt sich hauptsächlich mit den Themen Menschenrechte, Migration und Asyl sowie mit der türkischen Innen- und Außenpolitik.





Feuilleton

Der Zins?

Kommentar von Raban Witt

Ein entspanntes Männergesicht, sich schließende Augen und die dazugehörigen Privat reichtümer ziehen vorbei. Es folgt die Aufforderung: „Lassen Sie ihr Geld für sich arbeiten!“ So sieht nicht nur der Prototyp von Banken-Fernsehwerbung aus, sondern auch der unerreichte Traum der Masse von Klein-SparerInnen vor dem Fernseher. Es ist kein Geheimnis, dass Geld sich nicht wirklich selbst vermehren kann. Aber wer tut es dann?

Um zu klären, woher das Geld für die Zinsen kommt, lohnt sich ein Blick auf die Geschäftspraktiken der Banken, die da für sich werben. Die verlassen sich zunächst einmal darauf, dass nie das ganze bei ihnen eingezahlte Geld gleichzeitig abgehoben wird und dass neue Einzahlungen die Abhebungen tendenziell ausgleichen. So halten sie zwar die gesamten Ansprüche der Konto- oder SparbuchbesitzerInnen in ihren Buchungssystemen fest, behalten zu deren Deckung aber nur eine kleine Reserve an Bargeld zurück. Den Rest können sie weiterverleihen. Ihren Gewinn ziehen diese Banken dann daraus, dass sie für die von ihnen vergebenen Kredite höhere Zinsen verlangen, als sie für das bei ihnen angelegte Geld zahlen. Sie sorgen also gar nicht selber für die Vermehrung des Geldes.

Nun sind Schuldverhältnisse keine vereinzelt auftretenden Phänomene, sondern ein Grundpfeiler des Kapitalismus in seiner gegenwärtigen Gestalt. Die Frage nach der Geldvermehrung stellt sich also nicht nur für die einzelnen KreditnehmerInnen, sondern gesamtgesellschaftlich. Und auf dieser

Ebene führt die bloße Steigerung der nominellen Geldsumme, zum Beispiel durch Nachdrucken und -prägen von Bargeld, zur Entwertung des Geldes in der Inflation. Der Versuch der Mehrung des Reichtums würde sich so selbst neutralisieren. Wir suchen also nicht nur nach der Quelle von neuem Geld, sondern von neuem Wert.

Um es kurz zu machen: Die einzige Quelle dieses Neuwerts ist produktive menschliche Arbeit, der Verschleiß von Hand und Hirn zur Herstellung von Waren. Die ArbeiterInnen – und nicht nur in der Industrie, sondern auch im Dienstleistungssektor und in der Wissenschaft – produzieren so den Reichtum dieser Gesellschaft, erhalten davon aber nur einen kleinen Anteil als Lohn. Den großen Rest, den sogenannten Mehrwert, streichen zunächst die Unternehmen ein, um ihn zu reinvestieren, erneut abzuschöpfen, in einem end- und sinnlosen Kreislauf.

Nehmen diese Unternehmen Kredite auf, können sie damit ihre Investitionsmasse steigern und, sofern sie ihre Waren entsprechend absetzen, auch ihre Gewinne. Ein Teil ihres Mehrwerts geht dann in Form von Zinsen an die Bank. Nehmen ArbeiterInnen Privatkredite auf, müssen sie die Rückzahlung der geliehenen Summe und der Zinsen aus ihrem Lohn finanzieren. In beiden Fällen sind es die KleinsparerInnen vor dem Fernseher und die, denen das Geld zum Sparen oder für einen Fernseher fehlt, die für die Zinsen arbeiten müssen.

KURZMELDUNGEN

#sbsm. Dringend zu empfehlen, ist der neu erschienene Sammelband „Soziale Bewegungen und Social Media. Handbuch für den Einsatz von Web 2.0“. Duzende AutorInnen widmen sich hier digitalen Möglichkeiten, gesellschaftspolitische Anliegen zu thematisieren, autonome Gegenöffentlichkeit zu schaffen und zu vernetzen. Am 19. und 20. Oktober stellen sich die Mitarbeitenden auf der „Messe für Soziale Bewegungen und Social Media“ der Öffentlichkeit. Weiterführende Informationen online:

www.sozialebewegungen.org

w23. Politisch, kulturell und zwischenmenschlich Relevantes bietet nach der Sommerpause der Kulturverein W23 in Wien: Ob Diskussionsveranstaltungen im *que[e]r-Beisl* und *Prekär-Café*, *tech:babel*-Computer-Workshops oder Möglichkeiten zum Schmökern im *Archiv der Sozialen Bewegungen*, der *Bibliothek von unten* sowie einer Auswahl aktueller Zeitschriften und Flugblätter: Ein Besuch in der Wipplingerstraße 23 im Herzen des Stenzellandes lohnt sich immer. Termine und Öffnungszeiten:

<http://wipplinger23.blogspot.com>

elevate. Eine Zugfahrt von Wien nach Graz kostet mit Vorteilsticket 17 Euro, dauert keine drei Stunden und sollte bald unternommen werden: Denn von 20.–26. Oktober findet hier zum siebten Mal das *Elevate Festival* statt. Unter dem Motto „Elevate the 21st Century“ sollen Zukunftsvisionen der Jahrtausendwende musikalisch, künstlerisch und politisch aufgegriffen und anhand des tatsächlichen globalen Status quo aktualisiert werden. Diese Mischung aus Kultur und Kritik geht in Beine und Hirn:

<http://2011.elevate.at>

Der politischen Stimme beraubt

Saskia Sassen ist Soziologin und neben Joseph Stiglitz Vizepräsidentin des *Committee on Global Thought* an der Columbia University in New York. Mit dem PROGRESS sprach sie über die Hintergründe und Auswirkungen der Jugendproteste in Großbritannien.



MEDEF @ flickr / Sassen

PROGRESS: *Die Proteste in Großbritannien wurden in erster Linie von Jugendlichen ohne Zukunftsperspektiven getragen. Glauben Sie, dass diese in ihrer Situation andere Möglichkeiten als das Organisieren von Ausschreitungen wie diesen haben, um ihre Unzufriedenheit gegenüber der Politik auszudrücken?*

SASKIA SASSEN: Im Prinzip sollten sie in einer Demokratie mehrere Möglichkeiten haben, ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen oder die Regierung darüber zu informieren, was sie tun kann. Real haben sie in den meisten Gesellschaften keine dieser Möglichkeiten. Sie wurden ihrer po-

litischen Stimme beraubt. In diesem Kontext werden Gewaltausschreitungen zu einer Form von Kommunikation.

Straßenkämpfe sind Teil unserer jüngeren Geschichte. Die Aufstände in der arabischen Welt, die piqueteros* von Lateinamerika und arme Menschen, die mit Töpfen und Pfannen demonstrieren – all das sind Behelfe, um soziale und politische Forderungen zu formulieren. Dazu gehören auch die bereits bekannten Anti-Gentrifizierungskämpfe und die Demonstrationen gegen Polizeigewalt in den US-Städten während der 80er.

Was sind die Unterschiede zwischen den Protesten in der arabischen Welt, den Protesten in Israel, Spanien und Griechenland und den Protesten in England?

Bei jedem Aufstand gibt es bestimmte Umstände, die bewirken, dass die generelle Unzufriedenheit eine Linie überschreitet und sich in Straßenkämpfe umwandelt. Für jene, die in Großbritannien keinen Zugang zu formalen politischen Instrumenten haben, hatte die Straße eine wesentliche Bedeutung als Raum für politischen Protest. Das konnte man auch 2005 bei den gewalttätigen Aufständen in den Pariser Vor-

orten, sowie in den 1960ern und Mitte der 1970er in den USA erkennen, in erster Linie während des großen Stromausfalls in New York, der die ganze Stadt paralytiert hat und zu Plünderungen und Gewaltausschreitungen geführt hat. Diese spezielle Form von Straßenkampf zeichnet sich durch gewalttätige Konfrontationen mit der Polizei, Brandstiftung und Zerstörung von Eigentum aus. Es gibt aber auch Unterschiede zu den Protesten am Tahrir Platz in Kairo, wo die DemonstrantInnen aktiv nach friedlichen Protestformen gesucht haben, einerseits in Bezug auf Polizeikonfrontationen, andererseits im Bezug auf die verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen, die am Platz campen.

Viele Menschen sehen in den Protesten keinen politischen Hintergrund und kritisieren, dass die Protestierenden sogar den armen NachbarInnen schaden, indem sie kleine Geschäfte ausrauben. Würden Sie dem zustimmen?

Man kann das in einigen Fällen so sehen. Ich sehe darin mehr ein tragisches Zeichen, dass diese Leute das politische Mitspracherecht verloren haben. Das scheint besonders stark in unseren "liberalen" Gesellschaften aufzutreten, die von Konsumdenken dominiert sind – jeder kann prinzipiell alles kaufen.

Dir wird also gesagt, dass du einkaufen sollst, und dass du alles sagen kannst, was du willst, aber gleichzeitig wirst du ärmer und ärmer und keineR hört dir zu. Endgültiges tragisches Element in diesem Mix: Du wurdest von der Konsumgesellschaft entpolitisiert und auf eineN KonsumentIn reduziert. Das führt zu Wut und Ohnmacht, zu Hass und dem Verlangen nach Waren. Schlechte Mischung!

** So werden die argentinischen DemonstrantInnen bezeichnet, die durch Straßenblockaden auf soziale Ungleichheit aufmerksam machen.*

Das Interview führte Vanessa Gaig.

Ihr aktuelles Buch „Das Paradox der Nationalen“ erschien bei Suhrkamp 2008.

My little black dress doesn't mean yes!

Jogginghosen, kurze Röcke, Schlampen und Komplimente.

Ein Kommentar von @ana_nym.

Ja, ich gebe es zu. Ich schaue leidenschaftlich gerne *Saturday Night Fever* (SNF), eine Reality Show von ATV, bei der die Zuseher_innen Jugendliche vor, während und nach dem Feiern beobachten können. Da werden Herzen gebrochen, Mageninhalt geleert, komatöse Zustände ertrunken und viel Scheiße wird geredet.

Auch unter meinen Freund_innen ist SNF immer wieder Grund für hitzige Diskussionen. Besonderen Eindruck hat eine junge Wienerin namens Tara bei uns hinterlassen. Mit einer Mischung aus Unverständnis und Bewunderung beobachteten wir sie dabei, wie sie Vibratoren kauft, sie ihre (immer wieder wechselnde) beste Freundin vor Partyfotograf_innen im Prater Dome küsst, reihenweise den Discobesuchern den Kopf verdreht und mit 17 Jahren zu ihrer Sexualität steht.

Inwieweit die Reality dieser Show von den ATV-Regisseur_innen gelenkt, verdreht und überspitzt wird, ist eine Sache. Weitاًnteressanter ist, wie die SNF-Zuseher_innen in Foren und Fanpages auf Tara reagieren. Während die Protagonisten, die sich damit brüsten jede Nacht eine Andere abzuschleppen (meist am Ende aber doch nur betrunken miteinander kuscheln), extrem abgefeiert und als Helden gesehen wer-

den, überwiegen bezüglich Taras Auftreten und Selbstbewusstsein negative Kommentare. Sie sei eine sexbesessene Bitch, dumm und nutze die Männer nur aus.

My body is not your battlefield. Großes Thema in der „Diskussion“ war Taras Kleidungsstil. „Wie eine Schlampe“ sei sie angezogen und solle sich „nicht wundern wenn sie angebraten und angegrabscht“ wird. Diese Logik – „Zieht kurze Sachen an, bedeutet: Möchte angemacht werden“ – ist fester Bestandteil der vorherrschenden Meinung zu sexualisierter Gewalt und Street Harassment, also alltäglichen diskriminierenden Anfeindungen auf der Straße. Sie betrifft nicht nur junge Mädchen, die beim Weggehen Miniröcke und High Heels tragen.

Denn welche Frau* kennt sie nicht, die musternden Blicke, Pfiffe, zweideutigen Kommentare und vermeintlichen „Komplimente“ im öffentlichen Raum, in der Arbeit und beim Fortgehen. Im Prinzip ist es egal, ob Frauen Joggingzüge oder Taras Leoparden-Mini tragen.*

** Auch wenn Anstarren, Zuzwinkern und Begrabschen gesellschaftlich als Komplimente oder Flirt verstanden werden, sollten sie als das wahrgenommen werden, was sie sind: sexuelle Übergriffe.*

Sterne, Pfeile, Kreuze und ein Haken

Am staatlich finanzierten Museum „Haus des Terrors“ lässt sich der ideologische Kurs der ungarischen Regierung ablesen. Die Gleichsetzung von Stalinismus und Nationalsozialismus und die Darstellung der ungarischen Nation als rein gebliebenes Opfer ebnen den Weg für die Bekämpfung von Linken und Liberalen.

Berger | lukasberger.tumblr.com

RABAN WITT

In der Mitte des Raumes mit dem Titel „Doppelte Besatzung“ steht eine zweiseitige Videowand. Auf der einen Seite sind Aufnahmen von einer stalinistischen Propagandaveranstaltung zu sehen, von der Roten Armee im Krieg und von Toten im Gulag-Lager. Auf der anderen eine Hitler-Rede vor jubelnden Massen, die Wehrmacht im Krieg und Leichenberge aus dem KZ Bergen-Belsen. Diese Art der Gleichsetzung und der Darstellung Ungarns als Spielball fremder Mächte zieht sich in der Folge durch die gesamte staatlich geförderte Ausstellung, die seit 2002 im Budapester „Haus des Terrors“ zu sehen ist.

Für die ungarisch-deutsche Kulturwissenschaftlerin Magdalena Marsovszky ist das Ausdruck eines „narzisstischen völkischen Denkens“. Im Gespräch mit **PROGRESS** sagt sie: „Es seien immer Andere, immer die großen Mächte gewesen, die die Nation ins Unheil gestürzt haben. Die Ungarn seien heilig und unschuldig geblieben. Das ist der Grundtenor der Ausstellung“.

Historische Kontinuität. In dem alten Museumsgebäude, das sich wenige Meter von der Staatsoper auf einer der prachtvollsten Alleen Budapests befindet, errichtete die ungarisch-nationalsozialistische Pfeilkreuzlerpartei 1944 ihr Hauptquartier. Nach Kriegsende und bis zum Aufstand 1956 verwendete die stalinistische Geheimpolizei das Haus, um darin vermeintliche DissidentInnen zu inhaftieren, unter Folter zu verhören und zu exekutieren.

Heute besuchen etwa 1000 bis 1500 Menschen täglich die Ausstellung. Sie erstreckt sich über zwei Obergeschosse und den Keller, wo einige Gefängniszellen rekonstruiert wurden. Jeder der 36 Ausstellungsräume ist einem bestimmten thematischen Schwerpunkt gewidmet, nur drei davon jedoch dem National-



sozialismus. Die Abfolge der Räume entspricht nicht der historischen Chronologie und lässt so die Grenzen zwischen den politischen Systemen weiter verschwimmen.

Historische Auslassungen. In den Textblättern zu den Räumen über die Pfeilkreuzler-Partei der ungarischen Nazis erscheint die Shoah im Wesentlichen als ein Werk von Adolf Eichmann, dem für die Shoah zentral mitverantwortlichen Obersturmbannführer der SS, und seinen unmittelbaren Untergebenen. Im Museum des Budapester Holocaust-Dokumentationszentrums wird dagegen darauf hingewiesen, dass Eichmanns Kommando aus gerade einmal 150 Personen bestanden hat. „Ohne die aktive, initiativreiche Mithilfe und unermüdliche Arbeit des fast 200.000 Personen umfassenden Apparats der ungarischen Polizei, Gendarmerie und öffentlichen Verwaltung“, heißt es dort, „wäre es unmöglich gewesen, hunderttausende Menschen innerhalb weniger Wochen zu ghettoisieren und deportieren“.

Der ungarische Antisemitismus vor dem Einmarsch der Wehrmacht wird in der Ausstellung und dem Begleitmaterial des „Haus des Ter-

rors“ überhaupt ausgeklammert. Dabei wurde bereits 1920 im konservativen volksnationalen Regime unter Miklós Horthy ein Numerus Clausus erlassen, der eine Beschränkung des jüdischen Anteils der Studierenden auf sechs Prozent vorsah. Die Bestimmung wurde zwar 1928 aufgehoben, dafür folgten ab 1938 weitere, deutlich schärfere antisemitische Gesetze.

Darauf angesprochen, sagt die Direktorin des „Terrorhauses“, Mária Schmidt, im Gespräch mit **PROGRESS**: „Wenn Sie sich für die Numerus-Clausus-Gesetze und für die Juden-Gesetze interessieren, dann gehen Sie bitte zum Holocaust-Museum.“ Ungarn sei kein so reiches Land, dass mehrere Museen die selbe Geschichte erzählen könnten. Und warum die Schwerpunktsetzung auf den Realsozialismus? „Wir wollten einerseits die Geschichte der kommunistischen Diktatur erzählen“, so Schmidt, „und andererseits die Geschichte des Hauses, wo beide totalitären Diktaturen einen wesentlichen Ort hatten. Die Pfeilkreuzler haben das Gebäude nur einige Monate als ihre Zentrale benutzt und die kommunistische Staatssicherheitspolizei ein ganzes Jahrzehnt.“

Schmidt ist Historikerin und hat bis zum Jahr der Museumseröffnung als Beraterin des inzwischen wiedergewählten Ministerpräsidenten Viktor Orbán gearbeitet. Ihr jetziges Verhältnis zu seiner Fidesz-Partei bezeichnet sie im Interview als „sehr gut“. In einem Artikel von 2001 beschreibt sie den Kampf gegen den Antisemitismus als ein taktisches Ablenkungsmanöver liberaler und linker intellektueller Eliten. Sie hätten damit ein Phantom konstruiert, weil es nicht in deren Interesse gelegen habe, „die Geschichte Ungarns im 20. Jahrhundert im Licht nationaler ungarischer Interessen neu zu bewerten“.

Diese nationalistische Neubewertung entspräche allerdings der Strategie der Regierung, so Marsovszky. „Der Antikommunismus und der Antiliberalismus werden in einer subtilen Weise geschürt, um sie gegen heutige Linke und Liberale einsetzen zu können.“ Mit Erfolg: „Das Haus des Terrors, die Stiftung dahinter und Mária Schmidt sind mit dem Ungarischen Geschichtsbild voll im Einklang.“

Der Autor studiert Politikwissenschaft in Wien.

Bittere Medizin wird zu Schokolade

Michaela Obertscheider ist Schauspielerin, freischaffende Regisseurin und Theaterpädagogin. Sie arbeitet dabei häufig mit Kindern zusammen und beschreibt ihre Arbeit als prozess- und bedürfnisorientiert. PROGRESS sprach mit ihr über Verführung, Soll-Sein-Theater und Publikumsbeschimpfungen.

PROGRESS: *Improvisationstheater fordert von den SpielerInnen viel Spontaneität. Kann man das lernen?*

MICHAELA OBERTSCHEIDER: Das Improvisationstheater holt den Schauspieler dorthin, wo ein durchschnittliches Kind schon ist. Wenn es auf einer Wiese spielt, kümmert es sich um ein paar Blumen, dann kommt ein Vogel und lenkt es davon weg. Das Ziel ist, diese Art von Freiheit zu vermitteln.

Wenn es dir um die Vermittlung von Freiheit geht, welche Rolle spielen Regeln in deiner Arbeit?

Es ist sehr wichtig für meine Arbeit, die richtigen Regeln zu finden. Kinder sind eine großartige Hilfe dabei, zu merken, welche Regeln sinnvoll sind und welche ich wieder fallen lassen muss. Bei einem Gewaltpräventionsprojekt habe ich das erste Mal die Spielregel eingeführt: Kümmere dich nicht um die Ande-

„Bleib bei dir“ ist vermutlich eine der allerwichtigsten Regeln für Gewaltprävention. Nachdem es bei dieser Gruppe so gut funktioniert hat, ist es allgemein eine meiner wichtigsten Spielregeln geworden.

Wenn man einem Erwachsenen oder einem Kind Verhaltensregeln als Spielregeln verkauft, werden sie leichter angenommen. Ich kleide bittere Medizin in Schokolade.

Wie gehst du damit um, wenn du Vorgaben für ein Projekt hast?

Ich passe meine Methode ständig den äußeren Vorgaben und den Bedürfnissen der Teilnehmer an. Bei dem Gewaltpräventionsprojekt war der große Auftrag: Bring sie weg vom Kriegsspielzeug. Bring sie überhaupt weg von ihren Ideen. Aber ich muss Kinder dort abholen, wo sie sind. Ich

versuchte also, sie zu verführen. Zum Beispiel gab ich ihnen die Aufgabe, eine Prügelei zu spielen, aber in Zeitlupe. Oder ich ließ sie eine Streitszene zeigen, aber mit klassischer Musik im Hintergrund. Ich trainiere die Achtsamkeit, aber mit der Grundidee, die von den Kindern kommt. Ich versuche, ihnen etwas Neues zu zeigen. Aber ich muss schon damit rechnen, dass Kinder diese Welt in den Kurs mitbringen.

Legst du bei deiner Arbeit eher Wert darauf, dass sich alle wohlfühlen oder arbeitest du auch mit der Kraft der Provokation?

Jede Geschichte braucht eine Art von Provokation, um vorangetrieben zu werden. Und für Kinder ist es großartig, zum Beispiel Wut auf der Bühne spielen zu können. Das Be-

dürfnis, im Alltag in die Aggression zu gehen, wird dadurch viel kleiner. Provokation gegen das Publikum finde ich hingegen nie interessant. Ich finde, dass der Theaterraum ein schönerer Ort sein soll als das echte Leben. Ich will ein Soll-Sein-Theater. Die Menschen werden sowieso zu viel provoziert, gefordert und beschimpft.

Was würdest du tun, wenn man dir anbieten würde, Thomas Bernhards „Publikumsbeschimpfung“ zu inszenieren?

Würde ich sofort machen. Ganz leise und ganz freundlich. Und die Spieler, die dich anschreien, fühlen sich total schlecht dabei. Oder sie geben währenddessen Kuchen aus.

Das Interview führte Saskia Kaufmann.



ren, sondern nur um das Spiel und meine Angaben. Die Kinder haben sich trotzdem manchmal gegenseitig korrigiert. Ich habe ihnen dann geholfen, zu sehen, dass sie ihre eigene Konzentration verlieren, wenn sie sich zu viel einmischen.

Nach drei Trainings haben die Kinder endgültig damit aufgehört.

„Für zwei Stunden alles vergessen“

Tamara Himler (14) und Daniel Karanitsch (18) besuchen das Freifach Darstellendes Spiel am Musikgymnasium Neustiftgasse bei Michaela Obertscheider. Beide treten mit dem Ensemble IMP:ART auf. Ein Gespräch darüber, wie man lernen soll.

PROGRESS: *Ihr seid beide schon mehrere Jahre im Bühnenspielkurs. Was ist das Besondere an Michis Art zu arbeiten?*

TAMARA: Es macht einfach Spaß. Gerade wenn ich viel Stress habe, ist es gut für mich, für zwei Stunden alles vergessen zu können. Danach geht es mir besser.

DANIEL: Man lernt auch sich selbst besser kennen. Ich kann gelassener mit Problemen umgehen, weil ich in den Kursen das Scheitern gelernt habe.

Ist das nicht ein harter Bruch, direkt aus einer Mathematik-Stunde in Michis Kurs zu kommen?

DANIEL: Ich merke schon einen starken Unterschied, wenn man nach einem tristen Schultag in ein vollkommen freies System kommt. In der Schule musst du dich jeden Tag gleich viel einbringen, um den Erfolg zu halten und es wird jeden Tag das Selbe von dir erwartet. Bei Michi wird nichts von dir erwartet, du erwartest selber etwas von dir und wenn du nicht einmal das machst, dann ist es traumhaft.

TAMARA: Man wird nach sechs Stunden Schule wieder gepusht und gräbt Energiereserven aus, die einem auch nach dem Kurs helfen, sich wieder zu motivieren.

Ihr beschreibt den Kontrast sehr stark. Gab es nie den Moment, wo ihr dachtet, dass ihr aus diesem freieren System nicht mehr hinaus wollt?

TAMARA: Ich finde es wichtig, dass Schule so ist, wie sie ist. Wenn man von einer Schule ohne Regeln kommt, ist es schwerer, mit Autoritätspersonen klar zu kommen und sich im echten Leben zurecht zu finden. Montessori wäre mir zu locker.

DANIEL: Konstant. Warum kann Schule nicht so sein? Das ist ein utopischer Gedanke, den man halt loslassen muss. Ich habe mir schon viele Gedanken über Schulsystem gemacht und was alles anders wäre, wenn Schüler freier wären.

Das Interview führte Saskia Kaufmann

„Der Ulrichsberg ruft? - Halts Maul!“

„Gerade weil antifaschistische Politik viel mehr ist, als den ‚Feind im Nazi‘ zu erkennen und zu benennen, geht es darum, inhaltliche Bezüge, Muster und Kontinuitäten, aber auch Brüche und Differenzen aufzuzeigen“, schreibt der *Arbeitskreis gegen den Kärntner Konsens* (AK) in dem druckfrisch erschienenen Buch „Friede, Freude, deutscher Eintopf – Rechte Mythen, NS-Verharmlosung und antifaschistischer Protest“.

Auf 418 lesenswerten Seiten setzt sich der AK mit österreichischer Erinnerungskultur auseinander und bietet kritische Analysen und Schlussfolgerungen zur hiesigen Geschichtspolitik.

Ausgangspunkt ist dabei das umstrittene Ulrichsbergtreffen in Kärnten/Koroška – eines der größten Treffen von Veteranen der Wehrmacht und der (Waffen-)SS in Europa. Von 1959 bis 2008 fanden jährlich Gedenkveranstaltungen zu Ehren der gefallenen Soldaten beider Weltkriege und des Kärntner Abwehrkampfes statt. Diese wurden bis ins Jahr 2009 vom österreichischen Bundesheer logistisch unterstützt und werden noch heute aus öffentlichen Geldern mitfinanziert. Organisiert wird das geschichtsrevisionistische Treffen der *Kameradschaft IV*, einer Organisation ehemaliger Soldaten der Waffen-SS, und der *Ulrichsberggemeinschaft*. Letzterer gehören im Übrigen viele Kärntner Politiker an,

aus den Reihen der FPÖ, des BZÖ wie auch der ÖVP.

Keine Praxis ohne Analyse. Im Jahr 2005 formierte sich ein loser Zusammenschluss aus antifaschistischen und antimilitaristischen Organisationen und Einzelpersonen zum *AK gegen den Kärntner Konsens*. Ziel war es, das Ulrichsbergtreffen zu skandalisieren und unter anderem durch entsprechende Recherche- und Medienarbeit, Proteste dagegen zu organisieren. Die Ergebnisse aus sechs Jahren antifaschistischer Auseinandersetzung und Kritik am „Gefallenen- und Heimkehrergedenken“ verarbeitet der AK in diesem umfangreichen Buch. Hervorgestrichen wird, dass die Gedenkfeiern am Ulrichsberg exemplarisch für die österreichische Geschichtspolitik stehen.

Das Buch gliedert sich in drei Teile und spannt den Bogen von einer allgemein-kritischen Auseinandersetzung mit der österreichischen Opferthese bis hin zur Rolle des österreichischen Bundesheers bei der „Traditionspflege“ am Ulrichsberg. Die einzelnen Beiträge des Sammelbandes beziehen sich stark aufeinander und ermöglichen so einen facettenreichen Blick auf die Thematik. Der erste Teil liefert Hintergründe zum Ulrichsbergtreffen und einen guten Einstieg in das Thema, auch für Leser_innen, die kein Vorwissen haben. Der umfangreiche zweite Teil gliedert sich in zwei Blöcke: Ein erster widmet

sich dem rechten Gedenken in Kärnten/Koroška und Österreich, der zweite Block der verdrängten und vergessenen Erinnerung an die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung. Der letzte Teil bietet Raum für Aus- und Einblicke in aktuelle Entwicklungen und eine rückblickende Betrachtung der vergangenen antifaschistischen Aktionstage gegen das Ulrichsbergtreffen. Das Buch bietet nicht nur für Einsteiger_innen wichtige Informationen, sondern ist auch für Menschen, die sich bereits in das Thema eingelezen haben, eine spannende und ergiebige Lektüre.

Fanny Rasul ◀

24.10.2011, 19:00: Buchpräsentation, Lesung und Filmvorführung gemeinsam mit **PROGRESS**, Universität Wien, Neues Institutsgebäude (NIG), Hörsaal II, Universitätsstr. 7, 1010 Wien

Die ÖH-Bundesvertretung wird 100 Bücher gratis vergeben!

Mehr Infos und weitere Präsentationstermine unter: www.u-berg.at

Arbeitskreis gegen den Kärntner Konsens (Hg.), *Friede, Freude, deutscher Eintopf, Rechte Mythen, NS-Verharmlosung und antifaschistischer Protest*, Mandelbaum Verlag 2011, 420 S., 19,90 Euro.



ZWEIMAL HINGEHÖRT



KATI: So klar haben wir ihn noch nie gehört. *Apparat* aka Sascha Ring lässt uns ganz nahe an seine Stimme, die ungewohnt fest mitten in den Melodien steckt und sie eher führt statt – wie bisher – leicht sphärisch verzerrt darüber zu schweben. Und auch sonst überrascht er mit einer neuen, klareren Instrumentalität. Nur ab und zu blitzen Remineszenzen zwischen den fast poppig anmutenden Stücken durch: Mit „A Bang in the Void“ führt er uns zum leichten Pling-Plong und den sequenzartigen Motiven des Albums „Walls“ von 2007 zurück. Ein wunderbarer Herbst-Soundtrack, der die weniger werdenden Sonnenstrahlen garantiert ausgleicht.



KATI: She's the one. Das stellt Ira gleich zu Beginn klar und bricht ohne Umschweife zu einer vierzigminütigen Tour über den Elektro-Spielplatz auf. Da hopst sie dann zwischen Synthie-Pop und clubtauglichem Bass über die Wiese, schlägt Räder mit ihrer Stimme, baut Tanzflächen aus Sand und bleibt immer wieder mal auf der Schaukel sitzen, um über Beziehungen zu schwafeln. She's doing it right. Die ewige Bubenbande *Audiolith* hat mit Ira Atari also endlich auch mal ein Mädels ins Baumhaus gelassen. Wir finden's gut und hüpfen weiter zu ihrem Debut „Shift“ umher. Das ist Casio für Fortgeschrittene.

Kathi Hellwagner studiert Soziologie in Wien.

Apparat | *The Devil's Walk* [Shitkatapult 2011]

EVA: Wenn ich das nächste Mal wahnsinnig depressiv bin – was ja im Herbst nach einem durchgefeierten Wochenende ganz schnell mal einen Tag lang passiert – oder werden möchte, werde ich diese Platte hören. Für die Rezension habe ich übertrieben gut gelaunt meine Kopfhörer aufgesetzt und treibendes *Apparat*-Gefrickel erwartet. Nach fünf Songs hätte ich mich am liebsten mit Tränen in den Augen zurück ins Bett gelegt, Kerzen angezündet und die Decke angestarrt. Im Spätsommer bei 25 Grad und strahlendem Sonnenschein ist das so eine Sache.

Ira Atari | *Shift* [Audiolith 2011]

EVA: *Audiolith*-Artists schaffen es, die Zeit zurückzudrehen. Plötzlich bist du wieder 19 und tanzst biertrunken mit deinen GenossInnen durch den Keller des besetzten Hauses, trägst Antifa-Buttons und gehörst zu den Guten. Heißt aber auch: Musikalisch vorhersehbar. Treibender, tanzbarer, oberflächlicher Electro House mit Anleihen von 80er-Synthie-Sounds. Trotzdem ist mir Iras erstes Soloalbum (nach diversen Kollaborationen mit *Rampue*, *Frittenbude* etc.) hundert Mal lieber als die meisten KollegEN ihres Labels: Sie kann ernsthaft singen und verzichtet auf peinliche Parolen. Anspieltipp: „Don't let me down“ und „Follow“.

Eva Grigari studiert Germanistik in Wien.





Slutwalken gegen sexuelle Gewalt

Anna-Sarah Hennig vom deutschen Blog-Kollektiv *Mädchenmannschaft* erklärt, warum die Schuld an sexuellen Übergriffen niemals bei der betroffenen Person liegt.

Der Torontoer Polizist Michael Sanguinetti hätte sich wohl nicht träumen lassen, dass er eines Tages weltweit zu zweifelhafter Berühmtheit gelangen würde. Mit einem Satz, den so oder zumindest so ähnlich schon viele von uns gehört, gesagt oder gedacht haben: Auf einer Infoveranstaltung zum Thema Sicherheit auf dem Campus verkündete er, Frauen sollten sich nicht „wie Schlampe kleiden“, um sich vor Übergriffen zu schützen. Fünf Frauen haben daraufhin ihre Wut über eine Gesellschaft, die Frauen und Mädchen eintrichtert, sich nicht „vergewaltigen zu lassen“, anstatt Männern und Jungen beizubringen, nicht zu vergewaltigen, mit der Organisation einer Demonstration Ausdruck verliehen. Einige tausend Menschen fanden sich Anfang April in Toronto zusammen, um gegen die Verharmlosung sexualisierter Gewalt, gegen Opferbeschuldigung und gegen die Stigmatisierung weiblicher Sexualität auf die Straße zu gehen. Besonders öffentlichkeitswirksam: Die Demonstration fand unter dem Titel Slutwalk statt – ein raffinierter PR-Schachzug der Veranstalterinnen. Ein Event mit dem Wort „slut“, Schlampe, im Titel konnte sich einer gewissen öffentlichen Aufmerksamkeit gewiss sein – die Slutwalks sind keineswegs die erste oder einzige Protestbewegung gegen sexuelle Gewalt (beispielsweise sei an die internationale *Reclaim-the-Night*-Aktion gegen Gewaltverbrechen mit sexuellem Hintergrund erinnert), aber sicher die am meisten beachtete und nicht zuletzt kontroverseste der letzten Jahre. Viele Slutwalker_innen benutzen die Anspielung auf die Formulierung Sanguinettis, um diese zumeist abwertend verwendete Bezeichnung zurückzuerobern. Es ist ein Versuch, ihr die beleidigende, degradierende Kraft zu nehmen und sich mit denjenigen solidarisch zu erklären, die unter diesem Label leiden – teilweise so sehr, dass manche davon Abstand nehmen, unter dem Slutwalk-Banner zu protestieren. Gleichzeitig führen die Slutwalker_innen die Bezeichnung als ‚Schlampe‘ ad absurdum, indem sie zeigen: Seht her, wir alle können, so unterschiedlich wir sind, als Schlampe durchgehen, denn wir alle sind oder waren potentiell von Übergriffen betroffen – das Wort sagt viel mehr über eure Vorurteile über weibliche Sexualität aus als über die, die ihr so nennt! Die Menschenrechtsorganisation *Terre des Femmes* brachte dies beim Slutwalk in Berlin mit

folgendem Slogan auf den Punkt: „Ich hab nichts anzuziehen, was mich vor Gewalt schützt.“

Schlampe wehren sich. Bei der Slutwalk-Bewegung geht es nicht darum, endlich mal halbnackt durch die Stadt laufen zu dürfen. Es geht darum, Opfern sexueller Übergriffe nicht selbst die Schuld an der gegen sie gerichteten Gewalt zu geben – selbst wenn sie halbnackt durch die Stadt laufen. Deshalb gibt es für Slutwalks auch keine Kleiderordnung, auch wenn die ursprüngliche Idee war, durch das selbstbewusste Auftreten im angeblichen „Schlampe-look“ das Einfordern des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung zu betonen. Bei den Slutwalks geht es jedoch mindestens so sehr um Solidarität wie um individuelle optische Geschmacks- und Stylingfragen. Es gilt, sich solidarisch zu wehren gegen eine kollektive Stigmatisierung aufgrund fiktiver Ursachenzuschreibungen. Gegen das Auspielen, ja geradezu Aufhetzen von Frauen gegeneinander, indem sie sich einteilen lassen in unterschiedlich „ehrvolle“ Kategorien, indem ihnen nahegelegt wird, sich zugunsten ihrer eigenen Integrität beharrlich abzugrenzen von „billigen Flittchen“, Sexarbeiterinnen, von den Schlampe eben. Tatsächlich befreit diese Abgrenzung aber keineswegs vom Status als Objekt.

Zwiespältiges Interesse. Die Aussicht auf spektakuläre Bilder lockt wiederum die Presse zu den Slutwalks – gut für die Öffentlichkeitswirksamkeit. Doch gleichzeitig hat sich bisher die Befürchtung bestätigt, dass viele Medienvertreter_innen wenig Interesse daran haben, sich mit den Zielen der Bewegung auseinanderzusetzen. Vielmehr wurden auch von den deutschen Slutwalks gezielt solche Bilder verbreitet, die das Vorurteil vom Slutwalk als spaßbetonte Demo für das „Recht auf Sexyness“, quasi als große unpolitische Parade der Eitelkeiten, stützten. Bezeichnenderweise trugen nicht wenige Fotograf_innen auch durch übergriffiges Verhalten im Zuge der Demonstration zu eben jener Problematik bei, gegen die sich die Demonstration richtet. Dabei zeigt sich auch, dass Menschen, die sich spärlich oder körperbetont kleiden, oftmals weniger ernst genommen werden, getreu dem Motto: Sexy und politisch gehen nicht zusammen. Wenn in den Medien nur bestimmte normgerechte Körper abgebildet werden, wel-

che gängige Vorstellungen von ‚sexy‘ reproduzieren, dann hat das allerdings wenig mit einem vermeintlichen sexy Einheits-Look der Slutwalks zu tun, sondern eher mit dem Sexismus der Medien.

Slutwalk überall. Auch die Berichterstattung über Wikileaks-Mitbegründer Julian Assange oder den bekannten Fernsehmeteorologen Jörg Kachelmann, der wegen Vergewaltigungsvorwürfen in Deutschland vor Gericht stand und letztendlich freigesprochen wurde, wie auch über Dominique Strauss-Kahn, der sich angesichts der ihm zur Last gelegten Übergriffe auf eine Hotelmitarbeiterin gar nicht vor Gericht verantworten musste, offenbarte den sexistischen und biologistischen Diskurs zum Thema sexuelle Gewalt. Und so etablierten sich die Slutwalks nicht nur in Deutschland genau zur rechten Zeit: Viele haben die Nase voll von dem immer wieder aufgewärmten Mythos der frustrierten Ex oder der abgewiesenen Verehrerin, die das Objekt ihrer Begierde aus Rache verleumdet. Sie haben genug von den gängigen Strategien zur Legitimation von Vergewaltigung – auch zahlreiche Männer beteiligen sich an den Protesten, denn sie wollen sich nicht in einen Topf werfen lassen mit dem angeblich triebgesteuerten, empathiefreien, respektlosen Klischeemann, für den Sex eher eine ihm zustehende Dienstleistung als ein gemeinsames positives Erlebnis ist. Die Bewegung hat offensichtlich einen Nerv getroffen, und das weltweit: Auf fast allen Kontinenten, in den unterschiedlichsten Ländern, Städten und Orten formieren sich seit Frühling diesen Jahres Demonstrationen gegen sexualisierte Gewalt und für die sexuelle Selbstbestimmung aller Menschen, teilweise mit mehreren tausend Teilnehmer_innen – meist ausgehend von spontanen Initiativen, organisiert per Internet, vor allem über das soziale Netzwerk Facebook. In einigen Städten wurde der Titel abgeändert oder sinngemäß in die entsprechende Landessprache übersetzt, in anderen wurde das auch intern umstrittene Label Slutwalk beibehalten. In Deutschland einigten sich mehrere Initiativen auf einen gemeinsamen Protesttag: So zogen am 13. August allein in Berlin etwa 3500 Menschen durch die Stadt, in Hamburg waren es etwa 1500. In Wien laufen bereits die Planungen. ◀

Mehr Informationen zum Thema, auch zur Kritik am Slutwalk-Konzept, gibt es auf www.maedchenmannschaft.net

Das **PROGRESS** lädt zur Lesung von „Friede, Freude, Deutscher Eintopf“ ein, dem neuen Buch zu den Ulrichsbergprotesten.

FRIEDE, FREUDE, DEUTSCHER EINTOPF

Rechte Mythen, NS-Verharmlosung und antifaschistischer Protest herausgegeben vom Arbeitskreis gegen den kärntner Konsens

24.10.2011
19:00-21:00 Uhr
Neues Institutsgebäude (NIG)
Hörsaal II
Universitätsstr. 7
1010 Wien

Für alle interessierten vergeben wir nach der Lesung hundert Gratisexemplare.



mandelbaum kritik & utopie

ESL zur besten Agentur Europas gewählt!

Reisen Sie 2011 zu den Preisen von 2010 !



ESL – Wien ☎ 01 522 7000
Zieglergasse 3 1070 Wien



MITTEN IM LEBEN

Trendy für euch:

- * Unsere Classic Mensa-Menüschiene
- * Choice - unser Mensa-Markt
- * M-Cafés - Treffpunkt für den ganzen Tag
- * Mensa c.d. - Catering Departement



Mehr Infos unter:
www.mensen.at



MITTEN IM LEBEN

All the way with you The International Student Identity Card



ISIC JETZT 50% GÜNSTIGER!

HOL DIR BIS 31.10.2011 DEINE ISIC UM € 5 STATT € 10!

GEWINNE EINEN CITY TRIP NACH STOCKHOLM!



Weltweit über 41.000 Vorteile und Vergünstigungen in 120 Ländern z.B.

- Supergünstige Flugtickets, z.B. Sydney ab € 965
- 12-27 % auf Apple Computer und Software
- Bis zu 75 % günstiger im Ausland telefonieren
- Bis zu 90 % Rabatt auf Microsoft Software
- Ermäßigungen in Restaurants, Shops, u.v.m.

Hol dir jetzt deine neue ISIC um nur € 5 statt € 10 in deinem STA Travel Shop, fülle einfach das Gewinnformular aus, und mit ein bisschen Glück gewinnst du einen City Trip nach Stockholm für 1x 2 Personen inkl. Flüge und 2 Nächte im Micro Hotel!

STA Travel, 9 x in Österreich, www.statravel.at

REISEN.
TOTAL INDIVIDUAL.



Hanna Rohn/Lisa Scheer/Eva Maria Zenz (Hrsg.)

Frauen

in
trans

Formation

NEU-Erscheinung

Beiträge zur
FrauenFrühlingsUniversität
Graz 2009

Frauen in/transFormation.

Beiträge zur FrauenFrühlingsUniversität Graz 2009

herausgegeben von Hanna Rohn, Lisa Scheer und
Eva Maria Zenz

In dieser Publikation über die FrauenFrühlingsUni in Graz 2009 werden die vielfältigen Themen und Erkenntnisse der Veranstaltung sowohl aus theoretischer wie auch aus praktischer Perspektive noch einmal aufgegriffen: die Geschichte der Frauenbewegungen, aktuelle Krisen des Geschlechterverhältnisses, Kritik an Heteronormativität, geschlechtergerechte Sprache bis hin zu medialen Geschlechterbildern und der Frauenmusikbewegung. Des Weiteren wird Einblick in die Organisation, die hinter einer Frauenuniversität steht, gegeben sowie in damit zusammenhängende Diskussionen, deren Erkenntnisse auch für andere feministische Veranstaltungen aufschlussreich sind.

Exemplare können über die Herausgeberinnen bezogen werden – Kontaktaufnahme via Email: ffu09@gmx.at

